

Ostland

Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Winckel u. Dr. Franz Lüdke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund e. V., Berlin W. 30.

Erscheint wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährl. 1.50 RM. Einzelnummer 20 Pf., u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden 30-tägigen Raum der Spalte. Zeile 20 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluss an den Text auf Textbreite 1.20 RM.

Nr. 20.

Berlin, 12. Mai 1933.

14. Jahrg.

500 12 MAI 1933

Inhalt: S. 165: Der deutsch-polnische Entspannungsversuch. / S. 186: Deutsch-polnische Verständigung in Polen. — Bestätigung des Berliner Vertrages. / S. 187: Wert ge-
mäßert die Erklärung in Prag? / S. 188: Der Reichstag in Polen. / S. 189: Neue Hoffnungen in Belgien. — 40-Jähriges-Jubiläum in Danzig. / S. 190: Wiedererwäh-
nung Weichsel. — Polnischer Kranzring. / S. 191: Der deutsche Reichsbau. — Die Reichsmittel politisch wurde. / Anhang: „Ostland und Seimantendruck.“
Unterhaltungsbeilage: „Deutsche Wacht an der Weichsel.“

Der deutsch-polnische Entspannungsversuch.

In der deutschen wie in der polnischen Öffentlichkeit wird die Unterredung des Reichskanzlers Adolf Hitler am 3. Mai mit dem polnischen Gesandten Wjsocki hatte, im allgemeinen als der Beginn einer Entspannung der deutsch-polnischen Beziehungen betrachtet. Die Feststellung, auf die man in Polen erklärtermaßen am meisten Wert legt, ist folgender Satz aus der amtlichen deutschen Mitteilung über die Unterredung Hitler-Wjsocki: „Der Reichskanzler betonte die feste Absicht der deutschen Regierung, ihre Einstellung nach ihr Verhältnis zu Frankreich im Rahmen der bestehenden Verträge zu halten.“ Auf polnischer Seite möchte man diesen Satz gar zu gerne als eine Abfolge Hitlers an die Grenzregion aufgeföhrt wissen. Es braucht wohl nicht erst betont zu werden, daß diejenigen, die diesem Satz eine solche Bedeutung unterstehen, auf dem Holzwege sind. Deutschland hat in der unerbittlichen Verfolgung seiner Ver-
stärkung der Grenzen im Osten niemals den Rahmen der bestehenden Verträge gesprengt, es hat niemals die Absicht gehabt, die territorialen Grenzen durch einen Überfall auf Polen gewaltsam zu ändern. Deutschland hat aber auch niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß es einen Verdacht auf die ihm entzogenen Gebiete nicht ausdrücken kann, und daß es immer bemüht sein wird, im Rahmen der bestehenden Verträge, die es keineswegs für ewig und unänderlich hält, zu seinem Recht zu gelangen. Adolf Hitler hat erst kürzlich einen Vertreter des Londoner „Daily Express“ gegenüber erklärt, daß das Schicksal Deutschlands von seinen eigenen politischen Grenzen abhängt. An dieser grundsätzlichen Haltung Deutschlands hat sich auch jetzt durchaus nichts geändert. Es ist also auch keine Rede davon, daß man auf deutscher Seite nun aufhören werde, die Grenzregion im Osten als eine notwendige Voraussetzung einer verdienstvollen Befriedung Europas zu fordern. Es ist daher auch ein vergebliches Bemühen, mit dem erwähnten Satz der amtlichen deutschen Mitteilung Wiedererlebensversuche an einer schon begrabenen Hoffnung auf einen deutschen Reichsverzicht anzustellen.

Wohl selten ist eine amtliche Mitteilung über das deutsch-polnische Verhältnis für die Öffentlichkeit der beiden beteiligten Völker so unermüdlich gekommen wie diese. Nicht als für die deutsche, trotz des noch für die polnische Öffentlichkeit zu. Denn dort hatte man die wiederholten Äußerungen Adolf Hitlers über die friedlichen Ziele der deutschen Außenpolitik gesellschaftlich überhört. Man war dort so sehr in die Höhe gegen das nationalsozialistische Deutschland vertieft, daß man gar keine Zeit fand, die außenpolitischen Bekundungen des Reichskanzlers am Tage von Potsdam, bei der Münchener Übertragung usw. getreuend zur Kenntnis zu nehmen. Es hat erst eines außerordentlichen Ereignisses, eben der Unterredung Hitlers mit Wjsocki und der anschließenden Befehrendungen des deutschen Außenministers mit dem polnischen Gesandten sowie des deutschen Gesandten in Warschau mit dem polnischen Außenminister, bedarf, um der polnischen Öffentlichkeit zum Bewußtsein zu bringen, daß ihre Auffassung von den außenpolitischen Absichten der nationalsozialistischen Regierung auf einen verhängnisvollen Irrtum beruht. Dort war man nämlich davon überzeugt (und man ist es vielleicht auch noch heute), daß das nationalsozialistische Deutschland in allerhöchster Zeit über Polen herfallen, den polnischen Staat zerstören und aufheben werde. Diese Angelpyphie der

Polen rief nicht nur in den deutsch-polnischen, sondern auch in den allgemeinen internationalen Beziehungen eine tiefer Spannung hervor, von der man allen Entzies beschränkt mußte, daß sie binnen kurzem eine gewaltsame Entladung herbeiführen würde, zumal noch gebende französische Kreise die Polen zum Kriege gegen Deutschland aufzustehen versuchten. Diese Spannung wurde durch die Erklärung des Reichskanzlers, die in eindeutiger Weise der irrtümlichen Beurteilung des nationalsozialistischen Deutschlands seitens der Polen entgegentritt, fürs erste etwas gemindert.

Man ist in Deutschland allerdings zu mancherlei Zweifeln hinsichtlich der Aufrichtigkeit und Aufrichtigkeit der Zurückbildung der polnischen Gemüter berechtigt. Denn es mag für die Polen, die noch gestern mit der Durchführung des Hetz- und Boykottfeldzuges gegen alles Deutsche beschäftigt waren, immerhin ein schwerer Aufschuß sein, nun mit einem Male (wie es in der amtlichen Mitteilung heißt) das Verhältnis zu Deutschland „leidenschaftlos zu überprüfen“. Und es fällt den Männern Granjank vermutlich nicht leicht, den Summ-
kuppel, den sie gestern noch mit „patriotischem“ Eifer über den Deutschen ihres Machtbereichs schlangen, nun stillschweigend an den Nagel zu hängen und wieder die Rolle passiver Mitteleuropäer zu spielen. Es bleibt also abzuwarten, welche praktischen Folgerungen Polen aus dem Entspannungsversuch zu ziehen gedenkt. Es bleibt abzuwarten, ob die polnische Regierung in Zukunft von der deutschen Hege gegen Deutschland, der sie in letzter Zeit mit bedenklicher Verdränglichkeit ihre aktive Hilfe geliehen hatte, abziehen und ob sie sich entschließen wird, dem terroristischen Treiben der chauvinistischen Verbände gegenüber der deutschen Minderheit ein Ende zu machen.

Die politische Lage Europas ist aufs höchste gespannt. Im Geseh auf der Abrückungskonferenz um Vorschläge gerungen, von denen die mitärischen Kräftegewichte der Mächte und damit naturgemäß auch die Entladung über Krieg oder Frieden abhängt. Schreiben sich die englische Regierung vor den Suben beugt und sich wieder in die Gefolgschaft der französischen Diplomatie ein-
gereiht hat und seitdem auch in Österreich ein Haufe volksfremder Außenleiter die Einheit der deutschen Nation mit Ministerräten und Maßnahmen zu sabotieren versucht, ist wieder eine geschlossene Front gegen Deutschland zustande gekommen, die zwar über die härteren militärischen Nachmittell verfügt, aber einer Uüge ihre Entladung verdankt, nämlich der Uüge zum Kriegszwecken des nationalsozialistischen Reiches. In der Atmosphäre dieser Einkreisungs-
front ist der Gedanke eines Dreieckskrieges entstanden. Und Polen ist dasjenige Glied dieser Front, dem deren geistige Urheber im jüdisch-französischen Lager die in jedem Falle gefährliche Rolle des ersten Angreifers zugedacht haben. Wenn man die aggressive Stimmung betrachtet, die sich während der letzten drei Monate in Polen gegen Deutschland aufgebläht hat, und wenn man auf die Bemühungen achtet, die Polen auf außenpolitischem Gebiete unternommen hat, um sich für den Ernstfall in den Flanken zu decken und im Rücken zu sichern, dann kann man den Eindruck haben, daß Warschau schon nahe daran war, den Auftrag zur Ein-
leitung eines Dreieckskrieges gegen Deutschland entgegenzunehmen. Einem weiteren Anwachsen der Hitlerphobie wurde durch die Unterredung des Reichskanzlers mit dem polnischen Gesandten der

(Fortsetzung auf Seite 186).

Deutschenverfolgung in Polen.

Die Liste der polnischen Gewaltsmaßnahmen gegen die deutsche Minderheit läßt sich wieder um eine ganze Reihe von Beispielen vergrößern. In Siemianowice überließen polnische Auffälligkeiten die Pöbelweibchen Paul und Otto Klein und verprügelten sie bei nur Bemerklichkeit. Ein deutsches Mädchen wurde weil es sich auf der Straße der deutschen Sprache bedient hatte, von polnischen Knabes gelchlagen, und als sie sich beschwerend beim, von Gemeindevorstand begab, mit Drohungen aus dem Gebäude gejagt. — Das Bezirksgericht in Rybnik verurteilte den 58 Jahre alten Anton Glomb zu sechs Monaten Gefängnis und seine beiden 18 und 26 Jahre alten Söhne zu je acht Monaten Gefängnis, weil sie in der Nähe von Coslaw auf einem Hofpaarungsmaßmal eine schwarz-weiß-rote Zange gestift hatten. — Am 1. Mai wurden an der oberösterreichischen Grenze die Inhaber von Grenzverkehrskarten, die sich nach Deutschland begeben, von den polnischen Grenzbeamten kontrolliert. Diese Maßnahme ist offensichtlich erfolgt, um bei gegebener Gelegenheit diese diejenigen vorzugehen, die sich durch ihren Grenzübertritt am 1. Mai dem „Verdacht“ ausgesetzt haben, an den Feiern des Tages der nationalen Arbeit in Deutschland teilgenommen zu haben. — An Königshütte wurde am 3. Mai eine Anzahl junger Deutscher verhaftet, weil sie angeblich polnische Plakate von den Aufschlagsläden abgerissen hätten. Weiter wird ihnen zur Last gelegt, für die Postierung eines Teiles des polnischen Staates“ Propaganda gemacht zu haben, wofür das polnische Strafgesetzbuch Gefängnisstrafen bis zu 10 Jahren vorsieht.

Ein besonderer Anlaß zu neuen Schikanen gegen die deutsch-sinnige Bevölkerung war für die polnischen Chauvinisten wieder in den Tagen gegeben, in denen die Ummeldungen von den polnischen Schulen zu den deutschen Minderheitschulen erfolgten. Das alte Mittel, die Eltern der Kinder, die für den Besuch der deutschen Schulen in Frage kommen, durch das Verprechen materieller Vorteile zu ködern, sieht heute nicht mehr. Die Erziehungsberechtigten sind durch die Erlaubungen des vergangenen Jahre genötigt; denn die Auffälligkeiten haben nur in den allerjüngsten Fällen ihr Verprechen, dem arbeitslosen Vater zu einer neuen Beschäftigungsmöglichkeit zu verhelfen, den Kindern Kleider, Schuhe und Nahrung zu schenken und was dergleichen Lockungen mehr waren, erfüllt. Die Auffälligkeiten sehen sich unter diesen Umständen gezwungen, zu drastischen Mitteln, statt zu dem Verzicht, nach dem es niemandem gefiel, zu greifen. In der jüngsten wurde in der deutsche Eltern mit Drohbriefen bedroht, in denen ihnen vorgeworfen wurde, daß sie die Seelen ihrer „polnischen“ (1) Kinder an den deutschen Erbschaft, für schmutzigen deutschen Geld aus germanischen Händen“ verkaufen. Es wurde ihnen eröffnet, daß sie sich, wenn sie ihre Kinder zur deutschen Schule ummelden, öffentlich als „Feinde des polnischen Staates“ bekennen, mit denen man noch in geeigneter Weise „abrechnen“ werde. Die Namen der deutschen Eltern wurden öffentlich mit Angabe ihrer Anschriften bekanntgegeben; und die Polizei hielt es nicht für nötig, diese Plakate zu entfernen, obwohl sie keine Angabe der Druckfirma und des verantwortlichen Herausgebers enthielten, also den gesetzlichen Bestimmungen nicht entsprachen. Die Liste banen die deutschen Eltern trotz dieser Drohungen in ihrer Verantwortlichkeit gegenüber ihren Kindern nicht beirren ließen und die Ummeldungen zu den deutschen Schulen vornehmen wollten, setzten neue Schikanen ein: In Schoppinitz P. wurde die Schule, in der sich das Ummeldungsbüro befand, vorübergehend von auffälligen Terroristen besetzt; und die deutschen Eltern wurden am Betreten des Gebäudes verhindert. In vielen Fällen setzten die Behörden selbst den deutschen Schulummeldungen passiven Widerstand entgegen: z. B. waren die notwendigen Formulare mit einemmal „nicht vorhanden“, z. B. wurden die Eltern einem eingebunden und zeitraubenden Verhör unterworfen, so daß die Anmeldungen mitunter nicht innerhalb der festgesetzten Frist durchgeführt werden konnten. So war es z. B. in Rybnik, wo die Entgegennahme der Ummeldungserklärungen nur eine Frist von einer Stunde angelegt war, die zur Erläuterung wohl ausgerichtet hätte, wenn die Beamten ihre Pflicht getan hätten; sie fanden an den eingereichten Formularen jedoch so viel auszuheben, daß in der einhündigen Frist insgesamt nur zehn Ummeldungen erledigt wurden und die übrigen Erziehungsberechtigten „wegen Fristverlumnis“ zunächst unerrichteter Dinge zurückkehren mußten.

Schluß von Seite 185.

Währenddessen entgegen. Die polnische Regierung hat sich (ebenso wie die deutsche) in einer entzündenden amtlichen Erklärung verpflichtet, sich in ihrem Vorgehen in Zukunft streng an die bestehenden Verträge zu halten. Wenn diese Erklärung politischerseits ernst gemeint ist, dann müßte sie ein Schlüssel an den Ratifikationserwartungen bedeuten und das würde heißen, daß in der Einkreislerfront, die Frankreich um Deutschland herangezogen hat, einer der wichtigsten Teilnehmer, nämlich „der erste Angreifer“ fehlt. Deutschland und Polen haben sich die gegenseitige Zustimmung gegeben, die vorhandenen Gegensätze nicht durch kriegerische Mittel zu lösen. Das ist der Sinn der Unterredungen vom 3. und 4. Mai. Für weitere Kombinationen sind keine Anhaltspunkte vorhanden.

Dr. R.

Der 3. Mai, der in Polen als Nationalfeierstag begangen wird, bot den berufsmäßigen Höhern wieder Gelegenheit, ihre Reden an den Mann zu bringen und ihre Liebe zu Polen durch die Bekundung ihrer Feindschaft gegen Deutschland unter „Beizeug zu stellen. Wenn heute jemand, so hoch es auch, in der Rede des Aufständigenhauptes Cerk in Kattowitz, an Polen mit der Forderung nach Revision der Grenzen herantreten sollte, dann werde man sich zwar auf eine Reaktion einigen, aber nur durch Verschiebung der gegenwärtigen Grenze bis an die Ober- und bis nach Poppel. Dort, meinte Cerk, sei polnisches Land und polnisches Volk, das aus Gründen der Gerechtigkeit zu Polen gehöre (1). Am 3. Mai stand Kattowitz im Zeichen großer Demonstrationen: Militär und Schützenverbände, Polizei und Grenzsoldaten, Eisenbahner und Postbeamte, Studenten und Gymnasialisten, Aufständische, Pfadfinder und Sokols, alle mit Gewehren ausgerüstet, dazu allerlei berufliche und sonstige Verbände voranhalten einen Umzug durch die Straßen der Stadt — angeblich zu Ehren der Verfassung vom 3. Mai 1793, die wohl kaum einer von denen, die die Erinnerung an sie festlich zu begehen pflegen, jemals gelesen hat, in Wirklichkeit: um auf Weibel Groygnis gegen Deutschland zu demonstrieren. Selbst die Kinder der deutschen Minderheitsschulen waren zur Teilnahme an diesen Umzügen und Festlichkeiten gezwungen.

In Dirschau wurden 10 Angehörige der deutschen Minderheit wegen angeblichen Landesverrats verhaftet. Die Verhaftung erfolgte im Anschluß an ein Scheinmandat der polnischen Polizei, dessen „Opfer“ der ehemalige Papierhändler Kromka in Dirschau war, ein Mann, der sich jetzt als Agent der polnischen polnischen Polizei entpuppte. Eine „Hausdurchsuchung“ bei Kromka brachte keine „schädliche Material“ gegen die Deutschenutage zu fördern, die zur Strecke gebracht werden sollten. Bei der „Hausdurchsuchung“ wurde eine Liste „entdeckt“, auf der die Namen von 24 Personen verzeichnet waren, die angeblich Mitglieder der NSDAP sein sollen. Zwei von den Verhafteten, Knop und Verhebrat, sind deutsche Staatsangehörige; die acht anderen, Schörnack, Redke, Krause, Kolberg, Janotki, Pawlenicki, Herold und Klein, besitzen die polnische Staatsangehörigkeit. Sie wurden nach ihrer Verhaftung, wie Schwerverbrecher gefesselt, durch die Straßen der Stadt zum Dirschauer Gerichtshaus gebracht. So ist die Kamisajl vor dem Namen der polnischen polnischen Polizei in eine Falle gelockt worden. Kromka verurteilte über nationalsozialistische Propagandamaterial und an sich ordnungsmäßige Aufnahmefähigkeit der NSDAP. Er machte sich an Angehörige der deutschen Minderheit heran und veranlaßte sie, die Aufnahmefähigkeit auszufüllen und Parteibeiträge zu zahlen. Dann übergab er das Material seiner auftraggebenden polnischen Behörde. Wegen „Mitgliedschaft“ bei der NSDAP, soll namhafte gegen die zehn verhafteten Deutschen ein Landesverratsverfahren eröffnet werden, wie es in ähnlichen Fällen schon mehrfach durchgeführt worden ist und in der Regel mit schweren Gefängnisstrafen endet hat.

Berliner Vertrag verlängert.

In letzter Zeit hatte sich Polen mit besonderer Eifer um eine Annäherung an Rußland bemüht mit der offensichtlich Absicht, freie Hand gegen Deutschland zu haben. Einen sichtbaren, demonstrativen Ausdruck fanden diese polnischen Bestrebungen, die mit den französischen Plänen eines französisch-polnisch-russischen Militärbündnisses gleichlaufen, am 1. Mai: An diesem Tage wurde in Warschau eine sowjet-russische Handelsdelegation mit betonen Lebensmüdigkeit empfangen. Am gleichen Tage nahm der Chefredakteur der „Gazeta Polska“, Oberst Międzyski, der zu den intimsten und bestinformierten Mitarbeitern des Marschalls Dłubicki gehörte, an der Moskauer Marzler teil, und gleichfalls am 1. Mai empfing der Marschall den russischen Gesandten Olszicko vor Audienz. Da Dłubicki seit Jahren für alle in Warschau akkreditierten Diplomaten unerschrocken ist und seit jeder im Ruf der Russeneinfachheit steht, mußte diese plötzliche Aufgeschlossenheit gegenüber Rußland einiges Aufsehen erregen. Es mag dahingestellt bleiben, ob diese Freundchaftsbekundungen von beiden Seiten ernst gemeint waren oder lediglich einem taktischen Bedürfnis entsprungen. Soweit sie von Polen etwa als gegen Deutschland gerichtet gedacht waren, verhehlen sie insofern ihre Wirkung, als ihnen einige Tage später ein deutscher Gegenzug erfolgte: Das am 24. Juni 1921 unterzeichnete „Protokoll“ über die Verlängerung des deutsch-russischen Handelsvertrages trat am 1. Mai durch den Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Diese Verlängerung des Berliner Vertrages ist vor allem deshalb als ein Erfolg der Reichsregierung zu werten, weil die Gegner Deutschlands nach dem 30. Januar d. J. eine Entfremdung zwischen Berlin und Moskau glaubten vorzuziehen und schließlich zu können, und weil sie hofften, daß es ihnen jetzt gelingen werde, Rußland in die Front gegen Deutschland einzubeziehen und Polen endgültig aus der Zweifrontstellung zu befreien, die es daran hindert, seine ganze Kraft gegen Deutschland in die Waagschale zu werfen.

Wer gefährdet die Ordnung in Danzig?

Der wegen angeblicher Beleidigung des Senatspräsidenten Dr. Zierm verhaftete nationalsozialistische Vorsitzende des Arbeiterschaffensverbandes Großes Werder, Wolfert Zieguth, wurde aus der Haft entlassen. Die Verhaftung war auf Anzeige der deutschen (I) Abgeordneten des Danziger Volkstages Kolähne und des deutschnationalen (II) Parteisekretärs Adolph Heilmann erfolgt, die bei der Verhandlung vor dem Schöffengericht am 2. Mai auch als Beleidigungszeugen auftraten. Frau Kolähne hatte in der Frage lebenden Wahlvereinsammlung beleidigende Angriffe gegen die Nationalsozialisten gerichtet; sie hatte u. a. den Unterführer der NSDAP, eigenmächtiges Handeln im Gegensatz zum Oberleitenden Führer vorgezogen. Der Reichskämmer Adolf Hitler, indem der Höhe der Beleidigung (II) und die deutsche Volkshoheit gegen die jüdischen Geschäfte als „Aubenbrot“ bezeichnet. Gegen dieses Auftreten der Frau Kolähne hatte sich in der Verammlung der Nationalsozialist Zieguth gewandt und dabei u. a. gesagt: Senatspräsident Zierm habe behauptet, daß die Ruhe und Ordnung in Danzig gefährdet seien, wenn die Nationalsozialisten an die Regierung kämen; ein solcher Angriff würde, wenn er von nationalsozialistischer Seite gegen die Regierung gerichtet würde, als Landesverrat bezeichnet werden. Diese Äußerung Zieguths hatte dann die deutschnationale Abg. Kolähne in ihrem Vortrag an die Danziger Amtskörpers so erfüllt mitgeteilt, daß sie als eine „Beleidigung des verehrten Senatspräsidenten“ angesehen kommt. Die Verhandlung, wurde die Zueignung keine hinreichende Klarheit ergaben, verfiel.

Am übrigen hat Senatspräsident Dr. Zierm in einer deutsch-nationalen Parteierammlung am 4. Mai u. a. erklärt: Es sei nicht wahr, daß er gesagt habe, die Nationalsozialisten seien nicht geeignet, in Danzig Ruhe und Ordnung zu halten. Das Gegenteil sei richtig. Er habe jederzeit gegenüber jedermann und vor allem gegenüber Polen und den Volksverbandsorganen die Ruhe und Befonnenheit und die bewunderte Disziplin der ganzen Danziger Bevölkerung rühmend und anerkennend hervorgehoben. — Das soll nicht missverstanden werden. Es wäre jedoch sehr mißverständlich gewesen, wenn Dr. Zierm sich den Nationalsozialisten gegenüber auch in der Praxis ansprechend verhalten hätte. Doch sein innerpolitisches Auftreten einen anderen Eindruck hervorgerufen geeignet ist, ist nicht zu bestreiten. Auch die Parteirede vom 4. Mai hat diesen Eindruck trotz der erwähnten Äußerungen befestigt. Dr. Zierm scheint es für richtig zu halten, den Wahlkampf in voller Schärfe und ausschließlich gegen die Nationalsozialisten zu führen, wofür ihm Marxisten und Polen genug Schadenfroh Dank wissen werden. Er hat in seiner Rede kein einziges Wort über gesagt, daß die Sozialdemokraten oder Kommunisten als Gegner sich geltend machen könnten. Man muß danach wohl annehmen, daß die Nationalsozialisten für eine Gefahr für Danzig hält — wobei man freilich hinzufügen muß, daß Dr. Zierm ganz offensichtlich sich und seinen Parteikreis mit Danzig verwechselte. Dr. Zierm scheint sich nicht nur für den Erkenntnis durchgegangen zu haben, daß der Nationalsozialismus eine gefahrbringende Volksbewegung ist und daß es seine Aufgabe als Senatspräsident gewesen wäre, die Kräfte dieser Bewegung — auch unter persönlichen Opfern — führend in dem Staat einzufassen. Er hätte die Möglichkeit gehabt, den jetzigen scharfen Kampf vieler nationaler Vögel miteinander zu vermeiden; er hat diese Möglichkeit nicht genutzt.

Die innerpolitische Lage Danzigs wird durch einen Anlauf des nationalsozialistischen Senats Albert Sorker gekennzeichnet. „Aus niemals starker Quelle haben wir erfahren, daß verschiedene Kreise mit dem Hohen Kommissar bereits wegen einer Aufhebung der Volkstagswahlen verhandelt haben. Die geringste Unbequemtheit unsererseits soll als Anlaß dienen. Ich verlange daher von allen Nationalsozialisten, daß sie strengste Disziplin halten und sich durch nichts herausfordern lassen.“ Diese Zurückhaltung wird den Danziger Nationalsozialisten von ihren Gegnern nicht leicht gemacht. Nicht nur, daß die sozialdemokratische Danziger „Volksstimme“ nach wie vor eine unerhörte Hege gegen den Nationalsozialismus fortgesetzt offene über verächtliche Angriffe gegen die NSDAP. richten; — es ist in letzter Zeit auch einige Male zu föhlichen Provokationen von marxistischer und polnischer Seite gekommen: Am 1. Mai forderten einige Nationalsozialisten, als sie am Hause des Redakteurs der Sozialdemokratischen Volksstimme, Adomat, vorbeikamen, die Einbringung der dort ausgehängten marxistischen Slogans, worauf der Sozialdemokrat ohne weiteres aus seiner Wohnung heraus auf die auf der Straße lebenden Nationalsozialisten schoss und dabei einen in der Nähe lebenden kleinen Jungen schwer verletzte. Adomat wurde verhaftet. Im selben Tage besichtigte der Vorkämpfer der Militärstellung der polnischen Nationalsozialisten die polnischen Vertretung in Danzig, Jan Zygon, wiederholt uniformierte SA-Verte. Zur dem disziplinierten Verhalten der Nationalsozialisten und dem starken Eingreifen der Polizei war es zu verdanken, daß es zu keinem schwerwiegenden Zwischenfall kam. Auf die Propaganda eines lokalen Zwischenfalls hatte Zygon es offenbar abgesehen, um der Warthauer Regierung einen Vorwand für neue Klagen über die angeblich mangelnde Sicherheit in Danzig zu

geben. Darauf legen die Polen im Hinblick auf die kommenden Volkstagswahlen besonderen Wert. Das ist sicher ik, daß aus diesem Wochens die Nationalsozialisten als die unschritten Sieger hervorgehen werden, kommt es den Polen darauf an, entweder die Wahlen überhaupt zu verhindern oder, wenn ihnen das nicht gelingt, eine nationalsozialistische Regierung vor der internationalen Öffentlichkeit für Danzig von vornherein als „untragbar“, als eine „Gefahr für den Frieden“ erscheinen zu lassen.

In diesem Betreiben lassen sie keine ihnen günstig erscheinende Gelegenheit ungenutzt, um darauf hinzuwirken, daß „die Ruhe und Ordnung in der Freien Stadt durch die Nationalsozialisten bedroht“ sei. So verbreitete die polnische Presse z. B. eine Meldung, bezugslos der amerikanischen Konjunktur und der brillanten „The Big Game“ Konjunktur in Danzig angeblich überfallen worden in. Diese Meldung wurde von dem angeblich überfallenen persönlich demantiert. Dann wußte die halbamtliche Agentur „Aktwa“ zu berichten, daß am 1. Mai die Danziger Polizei angeblich parteipolitisch aufgetreten sei und daß sich die Nationalsozialisten in Danzig an diesem Tage „Polizeigewalt angesetzt“ hätten. Auch daß die Danziger Kriminalbeamten dem Reichskämmer Adolf Hitler zu seinem Geburtstag ein Glückwunschkarteogramm geschickt haben, gilt der polnischen Presse als ein „Verweis auf die gefährdete Sicherheit im Freistaat Danzig. Und der diplomatische Vertreter Polens in Danzig, Dr. Papée, hat sich in diesem Zusammenhang sogar in einen an den Senat gerichteten Schreiben beiderseitig beiderseitig, daß Abteilungen der inneren Verwaltung der Freien Stadt Schritte in ausgetreten in verteilung Charakter unternommen hätten. „Somit es sich um Beamte des Polizeibüros handelt“, heißt es in dem Schreiben Papées, „schämen solche Schritte das Vertrauen zu ihrer unparteilichen und objektiven Haltung bei weiten Kreisen der Danziger Bevölkerung.“ Zum Schluß fragt der polnische Vertreter mit der ihm eigenen naiven Frechheit an, was der Senat zu tun gedanke, um in Zukunft ähnlichen Aktionen entgegenzutreten.

Wenn jemand die Ruhe und Ordnung in Danzig gefährdet, dann sind das nur Marxisten und Polen. Denn sonst gibt es keine politischen Gruppen, die ein Interesse daran hätten, Unruhe und Unordnung in Danzig zu stiften. Was die Marxisten anlangt, so muß festgestellt werden, daß ihren Führern eine polnische Fremdberrschaft über Danzig offenbar noch erträglicher dünkt als eine nationalsozialistische Regierung, und daß sie ansehender glauben, hier, in der bedrängten Freien Stadt, ihre letzte deutsche Position auch mit Hilfe der polnischen Hilfe — gegen den Sturm der nationalsozialistischen Revolution retten zu können. Es liegt daher im selbstverständlichen Interesse, daß Danzig in Zukunft davon befreit bleibt, ein Schlupfwinkel jener politischen Kreise zu werden, die, nachdem sie aus dem Reich verdrängt sind, von dort her der deutschen Erneuerung Schaden zufügen wollen. Und das ist Polen anlangt, so haben diese oft genug zu erkennen gegeben, wie viel ihnen daran liegt, Danzig als einen „Serd der Unruhe und des Unfriedens“ erscheinen zu lassen. Sie tragen auch, wie die Erfahrung der letzten Jahre gezeigt hat, keine Bedenken, selbst die ihnen erträglichsten Zwischenfälle zu provozieren, wobei sie sich solcher Leute bedienen wie etwa James Matrosin, der sich feinerseitig ein Hakentour in die Braut rühte und sich dann als „Opfer der Nationalsozialisten“ aufspielte, oder wie jetzt wieder der Hauptmann Zygon, der vom Kraftmogen der polnischen diplomatischen Vertretung aus nationalsozialistische Parteimitglieder zu Ausschreitungen herauszufordern versuchte.

Mit dankenswerter Offenheit hat der Vorsitzende des Polenschen Weltmarkenvereins in einem Schreiben an die Danziger Zweigorganisation dieses Verbandes die wahre polnische Haltung gegenüber Danzig zum Ausdruck gebracht. Er spricht darin zunächst die „Befürchtung aus, daß ein Sieg der nationalen Bewegung in Danzig die „vertragmäßig garantierten Rechte“ Polens in Danzig gefährde. Dann fordert er die Polen in Danzig auf, die „Reaktion mit politischer kommener Kräftigkeitssolidität tapfer, verfehlen, mit Brutalität und Entschiedenheit durchzuführen. Auf jeden Notruf wird Euch aus Demmerle der gesamte Macht der Republik Polen zu Hilfe eilen. Wir halten das Pulver auf der Pfanne trocken. Die nationale Flotte in Gdingen hält Feuer unter den Keffeln. Sollte der Terror und Wählig man, so fallen wir es nicht zu Wahl kommen. Im internationalen Auftrag und im Sinn der ihr wünschenden garantierten internationalen Rechte wird dann Polen die Ordnung und Ruhe in Danzig wiederherstellen, und zwar ohne Volkstags und ohne Senat durch einen polnischen Generalkommissar (II). — Um zu erfahren, wer die Ruhe und Ordnung in Danzig gefährdet, muß man sich fragen, wer dort ein Interesse an Unruhe und Unordnung hat. Im nationalsozialistischen Lager sind diese Kräfte ganz wenig nicht zu suchen.

Bis zum

20. Mai

müssen Kreisstellungen auf einer „Hilfs“ für den Monat Juni ausgehen werden. — Bei später eintreffenden Bestellungen ist eine Sondergebühr von 20 Pf. zu zahlen. Der Bezugspreis für den Monat beträgt 50 Pf. (ohne Zustellungsgeb.)

Ostland-Kultur

Der polnische Aufstand in Polen.

7. Fortsetzung. Von Hermann Pischke.

Die Revolution. Der Ausbruch in Polen.

Mit diesem Kapitel beginnt die Darstellung eines der allerzeitigsten Kapitel der deutschen Geschichte. Einer der wertvollsten Zeile des Deutschen Reiches wurde hier leistungsmäßig vertrieben und weggenommen und ein Stück harten deutschen Lebens von deutschen Volksgenossen vertrieben. Wer immer genötigt sein wird, die Entwicklung der Geschichte von uns Deutschen noch einmal in den Eingebirten zu durchleben, kann das nur mit tiefer Scham tun.

Eine Horde landesfremder, mit den Verhältnissen völlig unkundiger Sozialistisch-kommunistischer Revolutionäre wurde über die Stadt ausgeführt. Sie sahen alles, was in der Stadt und in der Provinz deutsch war, von vornherein als reaktionär an. Es war ihnen ein großes Vergnügen, das deutsche bodenkundliche Element überall niederzuhalten und auszufalten. Dabei war ihnen der Polak die gefürchtete Stille und der gefürchtete Feind. Mit dem größten Verhasen wurden die anlässigen Deutschen öffentlich herabgelacht, verächtlich behandelt und wehrlos gemacht. Man gab den Polen gleichsam Aufbauschunterricht, wie sie es zu machen hatten.

Es ist von der Wissenschaft und auch von Politikern die Frage aufgeworfen worden, ob die Polen ihren in dem Kriege Verrat gegen Deutschland gelassen und auf den bewaffneten Aufstand planmäßig hingearbeitet haben oder ob sie erst mit der Revolution die Gelegenheit zu ihrer Erhebung fanden und ausnutzten. Alle meine Erfahrungen sprechen für die planmäßige Vorbereitung zum mindesten seit der Zeit des Krieges. Zwar war der Kampf gegen das Deutsche Reich vor dem Kriege nur wirtschaftlich, kulturell und politisch. Volklich darf man nicht einmal sagen. Denn der Biertel der Polen eine polnische Bevölkerung war damals sicher deutschen Geblüts, nur langsam durch die Polak polonisiert, zum Teil sogar mit Hilfe der preußischen Behörden, wie die Geschichte der Bamberger zeigt. Die bewaffnete Erhebung lag aber im Sinne des Marxinkommunistischen Programms, das Richtschnur für die polnische Aufbauarbeit wurde. Sie lag auch in der geschichtlichen Entwicklung der polnischen Freiheitsbestrebungen. Sie wurde durch das geheime Komitee von 1914 an wieder aufgenommen und vorwärtsgetrieben, allerdings sehr vorsichtig und mit einer kaum noch zu überbietenden Verborgenheit.

Von den Deutschen in Polen ist während der Revolution vielfach noch eine andere Frage erörtert worden, nämlich die, ob die toten Revolutionäre in Polen und die Sozialistische Revolution in Deutschland im beiderseitigen Einverständnis handelten, sich also gegenseitig in die Hand spielten oder ob gar von vornherein nur bestimmte Abmachungen gehandelt wurde, denen bei Polen der Polen eine polnische Bevölkerung geopfert war. Auch diese merke Frage ist vielfach runderum bejaht worden. Auch ich habe diese Auffassung vertreten, solange ich in der Abwicklung jener Vorgänge war. Nachdem ich viel Zeit darauf verwendet habe, den politischen Hintergrund der polnischen Revolution zu durchschauen, muß ich sagen, ich habe bis heute direkte Beweise dafür nicht gefunden, daß vorherige Abmachungen zwischen Polen und Sozialisten über die Revolution und infolgedessen auch über die Abtretung der Provinz Polen bestanden. Dagegen steht es für mich fest, daß die deutschen Sozialistischen Revolutionäre den Polen benutzt in die Hand arbeiteten und damit — wenn man die Dinge nur von Deutschland aus sehen — den Verrat der Provinz Polen verschuldeten. Die Beweise dafür werden weiter folgen.

Ich las im Sommer oder Herbst 1918 irgendwo in einer Zeitung, daß die Polen ihren Sieg im Unrechtsauspruch des Deutschen Vandalen an die Sozialdemokraten abgetreten hätten. Das fiel mir sehr auf. Daß sie ihn abtraten, war mir verständlich. Sie sammelten sich auf die großen politischen Fragen. Eine Abtretung an das Zentrum, das hätte ich verstehen können, aber an die Sozialdemokraten, das war damals für einen deutschen Polemer unverständlich. Hier sprach der Pole nur von dem „sein krew socialista“, dem „Hundebulldog Sozialisten“. Ebenso wurde von den polnischen Kanzeln gegen die Gleichgültigkeit oder Feindschaft der Sozialisten gemeldet. Ich nahm diese Nachricht damals für ein Zeichen dafür, daß sich Polen und Sozialisten zu gemeinsamen Handeln gegen die Regierung gefunden hatten. Das bedeutete für Polen eine große Gefahr, zumal die Regierung die Zeitung immer mehr aus den Händen entfernte.

Mittlerweile mahnten sich die Vorzeichen der kommenden Revolution. Jene der polnischen Selbständigkeitsbestrebungen. Da ist es sehr interessant, wie Rybecki das Bild der polnischen Tätigkeit in jener Zeit zeichnet. Er schreibt:

„Dahals im Sommer 1918 durchsahnte, abnte jeder einsoche Mann schon den nahen Verfall des Militarismus. Jeder machte man sich auf die vorbereitende Arbeit, um im Bedarfsfalle bewaffnet hervortreten.“

Der erste auf dem Wege war der Sokol. Der Landtag des zweiten Gaus am 18. August 1918 war eine Werbung des Gaus und eine Aufrufung der Kreise. Schon lang man bei dieser Gelegenheit auf An-

ordnung der oberen (Sokol-)Behörde den Eidshwur der Konopicka. In Gegenwart und zum Tort der Polak erteilte aus Gausden von Rybecki den Ruf: „Richt mit der Polak was ins Gesicht spien!“ Am 28. Oktober ordnete der Vorstand des Sozialbundes gelegentlich seines fünfmonatigen Jubiläums an, die Frei- und Gerechtigkeitsempfehlen und lediglich das militärische Exerzieren zu betreiben, wo es angängig sei, sogar mit der militärischen Waffe Übungen abzuhalten.“ Ende Oktober wurden in Polen Vertrauensmänner und Leiter in allen Anstalten und Behörden, Werkstätten und Vereinen bestimmt. Eine besondere Kommission (Canga, Kulczyński, Sumolinski, Michalowski, Ratajczak, Krytkowski und Zagoda) untersuchte den Bestand an „Strimilisten und Entschlossenen“. Bei Czerka gab es der unfern 150, in der Chermolekstromotorenfabrik 60, bei Mielogin (Krytykowski) 80, bei Paulus 40, 5, Gajewski 250, im Sokol 250, im Verein der Kaufleute 210, in der Kasanstraße 40, auf den Arbeitervereinen 482, zusammen 2032 Leute, die auf dem Moment des Ausbruchs und des Greifens zu den Waffen warteten. Am 8. November 1918, also zwei Tage vor dem Ausbruch der Revolution in der Stadt, wurden in dem Sokol Gargartenstr. 10 durch Bereidigung 30 Leiter, überwiegend Militärpersonen, zur Beteiligung für den Fall des Ausbruchs verpflichtet.

Parallel arbeitete die P. O. W. (polnische militärische Organisation) und das von neuem ins Leben gerufene, im Februar 1915 aufgestellte geheime Komitee. Manahmal arbeitete ein und derselbe Mann in zwei, ja sogar in drei Organisationen. Jeder führte, daß etwas Außerordentliches vorgehe. Ein merkwürdiger Händwerker, irgendwelches Patentes, geheimnisvolle Fragen, Zusammenkünfte, Verjämungen, Treffen und so weiter, waren im Zustand der Erwartung über dem Komitee an, und alle leisteten fleißigst das Komitee der P. O. W. in Polen, ebenso wie dies die Kreiskomitees in der Provinz taten.

Unfer die höchsten politischen Behörden gab die Lösung aus. Schnell wurde eine Dezentralisation eingeführt, und es erfolgte die Ernennung für Polen und die Kreise. Die Arbeit ging gemüht konstanten. In Polen traten in das Komitee der 25: J. Drzewski, Geistlicher Dymek, Geistlicher Malinski, E. Otmanowski, Dr. Szybielski, K. Rybecki, K. Kraino, W. Hedinger, Dr. M. Glowacki, S. Andrzejewski, St. Chmielnicki, E. Dowiecki, Dr. W. Marchewski, R. Keigebier, Dr. Kryszkiewicz, Dr. Santkowski, Dr. Segobis, Kobinski, M. Korpieniak, E. Franke, Dr. Melcher.

Es wurden viele Kommissionen gebildet. In der Finanzkommission sammelten Dr. Glowacki und W. Hedinger mit ihren Kollegen in nicht ganz zwei Wochen 80 000 M. für die Bedürfnisse der Organisation. In der Revolutionskommission nahen Platz: Dr. Rydzewski, K. Rybecki, J. Canga, E. Dowiecki, K. Kraino, J. Kusowski, Dr. Melcher und der miterschlozene Leutnant Dr. Sikorski. Es wurde nach dem Finsternsystem gearbeitet und in sehr kurzer Zeit gegen 170 solcher Vertrauensbinnen gegeben, denen auf ein gegebenes Zeichen hin nicht hinterlief, sondern ganze Tausende folgen konnten. Zum Ankauf von Waffen wurde einmütig eine ansehnliche Summe bestimmt. Das Komitee der 25 hatte vorzügliche Informationen und Führung mit allen geheimen Zellen der Bewohner.

Als Wilhelm abgedankt hatte und die Soldaterevolution in Polen ausgebrochen war, trat ein sehr bedeutender Teil des Komitees der 25 in das am 10. November bei Dr. Glowacki in der „Zelja“ gebildete Bürgerkomitee ein. Viele der Verschwornen spielten in der Zukunft eine sehr gewichtige Rolle. Sie waren im Volksrat der Stadt Polen, im Volksrat der Provinz, im Volksrat, im obersten Volksrat, und zwar in alles einmütige Volkserwählung zu Mitgliedern des Kommissariats des Obersten Volksrates gewählt.

So war es denn kein Wunder, daß die Stetigkeit der Aktion ohne Erschütterungen, Streitigkeiten oder Anträgen gewahrt wurde. Alle strebten nach einer Plattform, alle arbeiteten einmütig auf ein Ziel hin. Auf dem Wege der Evolution gelangten wir zu einer lokalen Behörde, zu dem Teilgebietshandlung und dem Obersten Volksrat, erst mit dem Moment des Ausbruchs des Aufstandes kam es zu einem Bruch zwischen den „älteren Brüdern“ und dem leicht entzündlichen und blind durch dick und dünn gehenden Element. Aber auch dieser Bruch hatte sogar nur vorübergehenden Charakter, und die Ereignisse, die stärker waren als die Feindschaft, vorhanden aus wieder so, daß noch der Aprikilammlung des Volksrats an die weitere Arbeit wieder einträchtig und hermonisch konstante ging.“

Rybecki sagt uns also, daß die polnische Organisation in Stadt und Provinz Polen fertig war, ehe die Soldaterevolution in Deutschland ausbrach. Sie rühmt bereits zu bewaffneten Widerstande, als die deutsche Front noch hand. Sie verdrängte Führer (mitteilend), kurz vor dem Ausbruch der deutschen Soldaterevolution (am 8. 11.). Ferner fällt auf die hohe Anteiligen der Mitglieder des Komitees. Die Hälfte sind Akademiker. Die Träger der deutschen Namen sind meist Bamberger, aber sonstige Polen. Die Wieberbecker derselben Personen in den verschiedenen Körperschaften ist polnisches System. Sie sind die Verbindungsmitglieder, die in jedem Falle Auskunft geben können und schriftliche Mitteilungen, die oft gefälscht werden, unnötig machen.

(Fortsetzung folgt.)

Neun Wahllisten in Danzig.

Sür die Danziger Volkstagswahlen am 28. Mai sind neun Wahl-
listen eingereicht worden, und zwar:

1. Nationalpolnische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung).
2. Kommissar Schwarz-Weiß-Partei, Deutschnationale Volkspartei.
3. Zentrumspartei der Freien Stadt Danzig.
4. Deutsch-Daniger Hausbesitzerpartei.
5. Jungdeutsche Bewegung (Deutsche Volksgemeinschaft).
6. Sozialdemokratische Partei.
7. Kommunistische Partei.
8. Polen: Pilsa, „Gmina Polska“ (Polnische Gemeinde).
9. Polnische Pilsa Dr. Maciejowski.

Gegenüber den Wahlberechtigten der letzten Volkstagswahlen am
November 1930 hat von den bürgerlichen Mittelparteien die Natio-
nalliberale Bürgerpartei auf die Auffstellung einer eigenen
Liste verzichtet und ihren Wählern empfohlen, für die Nationalpol-
nischen zu stimmen. Von den anderen im „Block der nationalen
Sammlung“ im Volkstagswahlumfassungsbereich Mittelparteien
sind mit eigenen Listen jetzt noch vertreten die Deutsch-Daniger
Hausbesitzerpartei und die Jungdeutsche Bewegung (Jungdeutscher
Orden). Falls Kandidaten von der Pilsa der Jungdeutschen am
28. Mai gewählt werden sollten, wollen sie sich im Danziger Volkstags
der Fraktion der Nationalpolnischen als Hospitanten anschließen.

Die Polen, die im vorigen Volkstags nur über zwei Mandate
verfügen und in ihrer Stimmzahl seit 1920 ständig
beruht haben sind, haben sich in zwei Listen ver-
teilt. Es ist interessant, mit welchem Lebensmittelpreis
sich die heimischen Polenbrüder gegenseitig bedienen. Die „Gazeta
Socjalna“, ein in Danzig erscheinendes Polenblattchen, das die
Kandidatur des „Jahr angesehenen und allgemein bekannten“
Dr. Zygmunt Maciejowski propagiert und im übrigen bald
den Danziger Stimm Geld für dessen „Volkswahlbewegung“ schmört, läßt
sich über den Kandidaten der anderen Richtung, den T. Casimierz
Garniecki, z. B. folgenmaßen vernehmen: „Als gewesener
Abgeordneter im Danziger Volkstags und als Hauptaktionär des
hiesigen polnischen Seehafens „Gazeta Szwanska“ hat Garniecki seit
vielen Jahren an der Arbeit der Polen gegen die Deutschen
geheißt. Seit Jahren forciert er mit seinem „Stabe“ den
Ausbau Szwangens, und diese Szwanger Konkurrenz führt
Danzig zum Ruin. Wiederum hat Polen neue Millionen Geld für
den Ausbau Szwangens investiert. Neue Subventionen, neue Er-
leichterungen und Kreisverordnungen, neue Gollnahläufe und Frei-
stellungen für polnische Unternehmungen in Szwang sind beabsichtigt.

Garniecki heßt weiter zum polnisch-deutschen Krieg, aber im Falle
eines solchen Krieges wird er als „Erster nach Warschau flüchten, wo
er ein großes Haus mit seiner Familie erbauen, befestigen, und die
Danziger Bombardieren werden hier leben und hungern.“

Das ist also Garniecki und wer ist Maciejowski? Ein früherer
polnischer Volkstagsabgeordneter und Beamter der polnischen Eisen-
bahnverwaltung in Danzig. Später findet man ihn wieder als Geschäfts-
mann, der auf dem Danziger Hauptbahnhof die einträgliche Wechsel-
kasse betreibt. Und seit längerer Zeit macht er jetzt in „Danzig-pol-
nischer Verhandlung“, er rief den „Danzig-polnischen Wirtschafts-
dienst“, der der Danziger Handelskommission Konkurrenz machen soll, in
Leben und verfaßt mit dieser Institution „Danziger Kaufleute durch
das Verarbeiten polnischer Wertpapiere in die Werke der polnischen
Kontrolle zu ziehen. Es gab eine Zeit, da schrieb dießelbe selbe Maciej-
owski in der heute von ihm beschrifteten „Gazeta Szwanska“ seine Er-
innerungen über die polnischen Aufständischenverbände in der Tucheler
und Rostker Gegend. Er ist noch derselbe geblieben. Nur die Stimm, die
sich angehängt hat, ist anders geworden. „Aufstand oder „Ver-
ständigung“ — das kommt auf dasselbe hinaus. Das Ziel ist die
Unterwerfung der Freien Stadt Danzig unter die polnische Herrschaft.
Maciejowski mag der Streik Maciejowski-Garniecki ernst gemeint sein,
polnisch ist er bloße Spiegelschere.“

40-Stunden-Woche in Danzig.

Der Senat der Freien Stadt Danzig hat in einer besonderen Ver-
ordnung die Einführung der 40-Stunden-Woche in
Danzig geregelt. Diese Regelung dient der Vermehrung und Er-
haltung der Arbeitszeitgelegenheit. Falls Arbeitgeber und Arbeitneh-
mer keine Vereinbarung über die Arbeitszeit erlangen können, können beide
Teile den Schlichter aufrufen. Der Schlichter ist nach der Verordnung
gehalten, auf Antrag eines der beiden Partner des Tarifvertrages
auch eine kürzere Arbeitszeit als die 40-Stunden-Woche festzusetzen.
Kurzarbeiter haben Anspruch auf Kurzarbeiterunter-
stützung. Arbeitgeber, die eine solche Kurzarbeit einführen, können
von der Lohnsummensteuer befreit werden. Neue Maschi-
nen und Apparate sind in Zukunft genehmigungspflichtig, falls ihre
Aufstellung geeignet ist, die Arbeitszeit zu vermindern. Die An-
forderungen an die Maschinen sind zu verringern. Zuzugewandlungen werden be-
freit, die Maschinen und Apparate können eingezogen und die Weiterführung des Be-
triebes kann verboten werden. Damit wird zum ersten Male
der Versuch gemacht, der durch Rationalisierung verursachten Arbeitslosigkeit
vorzubeugen.

Deutsche Wacht an der Weichsel.

Roman von Kurt Oskar Bark.

Rechtswort verboten.
(10. Fortsetzung)

Copyright by Breitfeld u. Co.

„Lingenort läßt man den deutschen Willen zum Widerstand zer-
trinnen. Man begriff nicht die Kraft, die die internierte Deutsche
Flotte versenken, die alten Söhnen im Zeughaufe verbrennen läßt.
Man läßt die Kraft der Sprungbreiten Jagen auf der Offshore un-
terstützt. Und in den großen Städten darf sie sich um Hilfe einer ihr
weissensfremden Unterfangungsregierung verbieten; mit so viel jungem
Willen zum Weiten treten man Schindler. Aber man vergißt nicht die
zu bewahren Jugend: man vergißt auch die Mittel, die greifbar
sind. Wissens Selbstbestimmungen der Völker, das den die Grund-
lage der Friedensabstimmungen bilden soll, wird in Paris einfach be-
seitigt. An eine Volksabstimmung in Polen denkt schon nie-
mand mehr, aber auch das alten Deutschen Ordenslandes Kren, das
südlische Westpreußen — dessen dreißig Prozent polnisch Sprechende
zum großen Teil aus hängengebliebenen Wanderarbeitern oder aus
Leuten bestehen, die der polnische Klerus mit religiösen Mitteln er-
worben hat — soll abstimmen lassen an Polen fallen, das die Krefen-
politik der Weichsel. Nicht umsonst hat Roman Dmowski einmal
in Amerika, als Willen Wahlmännern hatte, ihm die Stimmen der
vier Millionen amerikanischen Polen zugewiesen.“

„Bieranständig Prozent der Grundbesitzer Bevölkerung sind
Deutsche, siebzig Prozent der Arbeiter.“

„Ja, ist ja alles richtig! Aber die Polen brauchen einen Ju-
gang zum Meer, einen Polen.“

„Die Schweiz lebt auch, und wie sie lebt ohne Zugang zum Meer.“

„Sie und der geht es. Die polnischen Führer im Osten... wer sind
sie? Es heißt, Herr von Datocki sei der Führer. Es heißt, der Re-
gierungspräsident von Oppen in Allenstein sei der Führer. Es heißt,
der Regierungspräsident von Bälou in Bromberg sei der Führer. Es
heißt, es heißt...“

„Es sind alle preußische Beamte, wobergenosse preußische Beamte.
Es heißt, auch Ehren soll Freiheit werden wie Danzig. Es heißt,
Danziger Stimmen liegen dagegen, sie verpflichten sich ein großes Ge-
schäft von der neuen Regelung.“

Die Entscheidung fällt... Herr Breitfeld in Berlin. Er ver-
ordnet der „Freiheit“ dem Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie,
eine Notiz gegen die Offizial-„Freiheit“ von den sozialdemokratischen
Kommissionen des Ostens unter einer, Herr Weichsel in Danzig, in
sein Horn: er verkündet im Landeshaus, jede Volkswahlbewegung der
belegten Richtung würde mit dem Generalstreik auf den Weichseln

Dirschau, Bromberg, Schneidemühl, auf allen für Truppenbewegungen
wichtigen Knotenpunkten beauftragt werden. Es ist keine leere
Drohung, denn auch die Gewerkschaften, die sozialistischen Parteien
sind auf preußischem Boden gewachsen und kennen erstens Disziplin
und dann erst alles übrige.

„Wie können Sie, Herr Breitfeld? Das ist Verrat Deutschen
Landes!“

Herr Breitfeld, Unterstaatssekretär im Ministerium, erklärt: „Ein
selbständiger Osten wäre eine Brutstätte der Reaktion. Und wir haben
nicht fünfzig Jahre am den Sozialismus gekämpft, um ihn selber ab-
zubauen!“

„Sozialismus? Sozialismus? Aber es geht doch um Deutsches Land,
um Deutsche Heimat...“

„Was heißt hier, Franzose!“ Befragt sieht Hedwig Kowalski an
einen „Vorrecht ihren heimlich Verbotenen an. Er hat ein solches
Gesicht, siehst nicht einmal raufst zu sein.“

„Es ist alles aus, Hete. Alles!“ Er läßt sich in einen Stuhl fallen,
müde, unendlich müde. „Gib mir einen Schnaps, Hete. Einen großen.
Oder mir. Danke. Es lebe der ewige Michel...“

„Sie sieht nach seiner Hand. Die ist kalt und feucht.“

„Aber was ist denn nur? Ertrübt doch.“

„Roske hat...“ Hedwig erschrickt über diese Stimme, die brüchig
ist und tonlos... hat den General von Belom abgesetzt. Und... der
General hat sich abgeben lassen. Sie sind alle weggefallen, der Reihe
nach. „Bis...“

„Jetzt läßt er, höflich.“ Und... er werden
es geht nirgends so verrückt zu wie auf der Weichsel, da kann man hin-
kommen, wo man will!“

„Oh verheißt kein Wort. Der General ist abgesetzt, du bist be-
leidigt... was ist das alles?“

„Der General war der militärische Führer, na, und er ging, und
damit ist Weichpreußen polnisch, wie es in Versailles befohlen wurde.
Und ich habe in dem Telegrammgespräch mit Danzig dem Mann dort
geantwortet: wenn die Republik den alten Offizieren nicht die Pension
beschlügt hätte, so wäre die Revolution schon zu Ende, und Deutsch-
land gäme es besser.“

„Na, das hat sich der Mann notieren und meine
Aufsicht dazu. Mögen sie Mögen sie machen, was sie wollen, die
können mich alles...“

„Schon gut, ich weiß.“

Hedwig ist freud darüber, daß Franz zu schimpfen beginnt. So was
befreit, denkt sie. „Und was willst du nun tun?“

„Auswandern. Nach Tibet. Oder nach Patagonien. Was weiß
ich?“

„Der diesen Saufstoll nicht mehr leben!“

Hedwig, um ihn auf andere Gedanken zu bringen, gibt ihm einen
Zettel. Er lautet auf den Absender. Lucjuszki. Ohne ihn zu lesen,
gibt er das Papier zurück.

Neues aus Polen.

Wiederwahl Molickis.

Die Wahl des Staatspräsidenten erfolgt in Polen durch die zur Nationalversammlung vereinigten gesetzgebenden Körperschaften, Sejm und Senat. Der Vorsitz der Nationalversammlung führt der Sejmarschall, in seiner Vertretung der Senatsmarschall. Die Vermählung befehlt sich lediglich mit der Wahl und der Vereidigung des Staatspräsidenten sowie mit der Bestätigung des Protokolls hierüber. Beratungen und Beschlüsse anderer Art, selbst Reden und Verhandlungen über die angemessenen Kandidaturen sind ausgeschlossen. Die Namen der Kandidaten müssen schriftlich von mindestens 50 Mitgliedern der Nationalversammlung angemeldet werden. Die Wahl des Staatspräsidenten ist rechtskräftig, wenn mindestens die Hälfte der gesetzlichen Zahl der Mitglieder der Versammlung anwesend sind, also 278 von 555. Gewählt ist, wer die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält.

Der erste polnische Staatspräsident war Gabriel Narutowicz; er wurde am 9. Dezember 1922 von der Nationalversammlung gewählt, nachdem Marshall Pilsudski einige Tage vorher die Annahme des ihm angebotenen Staatspräsidentenpostens abgelehnt hatte. Narutowicz erhielt erst in der fünften Abstimmung die erforderliche Stimmenmehrheit; auf ihn entfielen 289 Stimmen; auf seinen ausstretenden Gegner Morizko Brzezinski 227 Stimmen. Infolgefall waren bei dieser ersten Wahl fünf Kandidaten aufgestellt, außer den beiden erwähnten noch Dabowski und Czerwinski (nationale Minderheiten), Jagnat Dajczkowski (Sozialisten) und Stanislaus Wojciechowski (Bauernpartei (Piast)). Der zum Staatspräsidenten gewählte Narutowicz wurde am 16. Dezember 1922 von politischen Gegnern ermordet. Deshalb mußte schon am 20. Dezember desselben Jahres die Nationalversammlung erneut zusammentreten. Diesmal erhielt Stanislaus Wojciechowski die erforderliche Stimmenmehrheit: 298 gegen 221 Stimmen; die auf den Kandidaten der Rechtskoalition, Rafinski in Narutowicz, den Präsidenten der Krakauer Akademie der Wissenschaften, entfielen. Wojciechowski blieb bis zum Mai 1926 im Amt; er trat unter dem Druck des von Pilsudski geführten Staatsstreiches vor Ablauf seiner Amtsperiode zurück. Am 3. Mai 1926 wählte die Nationalversammlung den Marshall Pilsudski mit 292 gegen 254 Stimmen zum Staatspräsidenten. Von den gegenwärtigen Stimmen entfielen 195 auf den nationaldemokratischen Kandidaten, den Grafen

Adolf Binjicki; 61 Stimmen waren ungültig. Pilsudski erwiderte die Mitteilung von seiner erfolgten Wahl mit einem Schreiben, in dem er die Annahme des ihm übertrageneu Postens ablehnte, offenbar, weil ihm die Mehrheit, mit der er gewählt worden war, nicht groß genug war, und weil er die verfassungsmäßige Stellung des Staatspräsidenten für zu beschränkt hielt, um im Besitze dieses Postens die Macht im Staate ausüben zu können, die er für sich verlangte. Er schlug den Mitgliedern der Nationalversammlung die Wahl des Chemieprofessors Jagnat Molicki zum Staatspräsidenten vor. Dieser wurde dann auch in der zweiten Wahlung mit 281 gegen 268 Stimmen gewählt, nur wenn er nicht ungültig waren und 200 aus den Grafen Binjicki entfielen. Molicki ist der erste polnische Staatspräsident, der die vollen fien Jahre seiner verfassungsmäßigen Amtsperiode im Amt geblieben ist.

Am 8. Mai wurden nun Molicki wieder zum Staatspräsidenten gewählt. Gegenkandidaten sind nicht aufgestellt worden. Auf Molicki entfielen 352 von 344 abgegebenen Stimmen. Die Nationaldemokraten und Sozialisten beteiligten sich nicht an der Wahl. Die neue Amtsperiode des Staatspräsidenten beginnt am 5. Juni d. J. und endet im Jahre 1940.

Polnischer Ozeanflug.

Der Hauptmann Stanislaus Skratincki hat mit einem Sportflugzeug den Südatlantik von Korborka nach Südamerika überquert. Skratincki startete am 7. Mai, 23 Uhr Greenwicher Zeit, in St. Louis (Senegal) mit einem kleinen einflügeligen Sportflugzeug, einer nur 450 Kilogramm schweren Malina polnischer Konstruktion, ausgerüstet mit einem 135 PS starken Wright-Motor. Am Nord polen befanden sich 750 Liter Benzin. Er überflog den Ozean, erreichte Südamerika bei Natal, westlich von Rio de Janeiro, am 10.30 Uhr in Macao (früher von Pernambuco) und um 18.30 Uhr in San Salvador (Bahia). Hauptmann Skratincki trug bei dem Flug einen gewöhnlichen Stroghagen und einen weichen Hut. Er führte nicht das geringste Gepäck mit sich. An Drociat hatte er nur mitgenommen einen Extrakt aus afrikanischer Kolanuss, einige Cofeln Schokolade und 2½ Liter Wasser mit Apfelsinensaft vermischt. Der Pilot ist 1899 geboren; 1932 führte er einen großen Flug von 25 000 Kilometer über Afrika durch.

„Kann man denken, was darin steht. Es ist ein ewiger Jammer, daß ich so anständig war. Eine Patrouille von einem Zirkusor hätte die Sache ordentlicher gemacht.“ Ein Junge von Ekel spielt um seine farbigen Puppen. „Gib mir noch einen Kognak. Er hat auch an Schülern geschrieben, Schülern schickte mir den Brief. Ich hätte ihn aus Grundens hinausgefordert, um ungehörig einer gewissen jungen Dame nachzutreten zu können. Dies Mittel, polnisch!“

Hedwig setzte sich auf seine Nase, sieht ihm in die Augen. „Ich hab' auch nichts geglaubt von dem Quatsch.“

„Das war' auch noch schöner! Also, hier zu, Setz: ich habe um zwei Wochen Urlaub gebeten. Der Major fragte mich, wozu? Ich will wissen, nicht zur Erholung. Eine kleine Wechseltage, Zeremonien. Der Major ist mitreuehaft. Er will mich nach Berlin schicken, ich soll offiziell am Heeresbeschickungsbüro heransommen, und inoffiziell mit einer nationalen Vereinigung Fühlung halten. Westpreußen, sagt er, sei nicht an der Weichsel verlorengegangen, sondern in Weimar und Berlin; die Fragen der Zukunft aller Deutschen würden in Berlin gelöst. Na, ja, möglich. Ich wollte jedenfalls erst einmal hier herumprobieren, und da meinte er, das sei jetzt nötig. So, und nun mach ich's privat.“

Hedwig freut sich, daß er wieder etwas Karbe im Gesicht hat und daß jene Stimme nicht mehr so tödlich klingt. Von dem, was er erzählt, versteht sie nicht viel. „Ja, willst du denn nun noch Soldat bleiben? Ich meine, ob es noch lohnt.“

„Das mill ich eben sehen, mein Kind. Ich bin nicht der Meinung des Majors. Berlin wird Westpreußen nicht befreien. Warschau hat auch Polen nicht befreit.“

„Meinst du denn, daß es noch einen deutschen Aufstand gibt?“ Franz juckt nur mit den Schultern...

„Jawohl, ich bin auch ungewollt!“ sagt in Bromberg der Geheimrat Kleinow. „Allerdings als letzter. Aufstand? Der einzige Erfolg wäre, daß die jungen Freimilligen mich drei Tage lang umhüben, und dann...“ Dann ist alles aus, wir haben auch hier das Chaos. Statt dessen habe ich mir von den Soldaten mit Sandgranaten droben lassen... aber vielleicht... gelangt es uns wenigstens, eine starke, gut organisierte deutsche Mehrheit im Lande zu halten. Dann muß sich über kurz oder lang erweisen, daß dieses Land deutsch ist.“

„Und wenn...“

„Wenn die zwei Millionen Deutschen hier kräftig organisieren, wenn sie sich kräftig betreten lassen, wenn sie laut und deutlich in die Welt gehen mit ihrem Willen, dann geht's. Und wenn die Polen wirklich hunderttausend himsprüngen, ja, zwei-hunderttausend. Aber... Berlin! Berlin macht eine derartige Propaganda mit der Ver-

drängenshilfe, verpöht Anstellung, Entschädigung. Das haben die Leute hier Angst vor der Weichsel in Polen... alles strömt ins Reich. Wir müssen diesen Strom aufhalten...“

„Sorgen um überarmen!“ denkt Franz. „Auf den Exerzierplätzen bei Bromberg liegen noch größere Kruppenverbände. Was mögen sie tun?“

Ein Kommandeur, Major von Stülpnagel, erklärt: „Ich gehe wieder nach dem Baltikum. Da muß eine andere Luft als in diesem Saultell. Die baltische Regierung hat den Soldaten, die sie gegen die Bolschewiki schickte, Anstellung verprochen, sechzig Moragen pro Kopf. Die Entante kann uns gar nichts wollen, da ist nicht Deutschland. Wir stehen im Dienste der baltischen Regierung, der Oberkommandierende ist ein Rationalist, der kaukasische Jürit Analoß macht, einen Stoa für uns allein. Die Entente hat Angst vor Russland, sie unterstützt auch die anderen nationalrussischen Armeen. Judenisch, Denikin, Koltschak, Wrangel. Wir schließen den Ring. Wir liquidieren den Bolschewismus und schaffen Deutschen eine neue Heimat...“

„Von Kurland aus, denkt Franz, kann vielleicht die Lösung aller Fragen kommen. Kurland und Ostpreußen zusammen, das ist ein schönes Stück Erde, das ist ein Gegengewicht gegen Polen!“

Unnerhalb der Gruppen in Bromberg, in Chorn, in Kalmsee findet er Weinsturmgangssitzung. Zum Teil verlassen die Freimilligen, deren Erzeid mit vierzehntägiger Kündigung verbunden ist, die Gruppe und gehen nach Kurland. Dorther kommen immer noch Werber, hohe Führung winkt, es winkt auch von der Kampf und das Abwehren. Zum anderen gibt merien sie noch, eine verunkene Hoffnung müßig am Leben haltend. Bischof finden sich Ersteinungen wie in den Tagen der Revolution. An den Unterkünften wird schwer getrunken und hoch geliebt: „links Schreckha, rechts Revolutor.“

„Eines der besten Instrumente lassen diese Leute in Berlin daburch verfallen, daß sie es zu Unlängigkeit zwingen. Es ist eine Schandell. Wir müssen geschloßen aufstehen und an die letzte deutsche Front marschieren!“ Der Major Kurz in Chorn meint das sehr ehrlich. „Mögen die Leute in Weichsel doch in ihrem eigenen Dreck verfaulen, wenn sie es nicht anders wollen!“

„Das da“, sagt ein Vorkampfbattant in Kalmsee und weist mit halber Bewegung auf einen Priebräger, „ist mein Schwiegeroater, aber er muß es Gott sei Dank nicht.“

„Beynennung ist überall im Lande“, die kleine, schmeigende, oder die andere, die mit totem Gesicht alle Hemmungen fortstößt. „Was soll werden, Volkshut?“ (Fortsetzung folgt.)

Der deutsche Arbeitsdienst.

Unter dem Titel „Der deutsche Arbeitsdienst. Aufgaben, Organisation, Aufbau“ ist im Verlag von E. S. Mittler u. Sohn, Berlin, ein ausgezeichnetes Buch von Dr. Ernst Stehrschil, dem Sacharbeiter für Arbeitsdienstfragen der NSDAP, und seinen Organisationsleiter für den Freiwilligen Arbeitsdienst im Reichsarbeitsministerium erschienen. (158 Seiten. Preis 3,50 RM.) Das Buch ist wohl das bestbegründete Werk, das bisher über den Arbeitsdienst erschienen ist. Es überzeugt von der psychologischen und wirtschaftlichen Notwendigkeit der Arbeitsdienstpflicht. Es gibt einen Einblick in die erzieherische und staatspolitische Aufgabe des Arbeitsdienstes; es behandelt den Arbeitsdienst als ein Problem der sozialen, der politischen, der wirtschaftlichen und als volkswirtschaftliche Aufgabe. Es umreißt knapp und klar die Einsatzgebiete des Arbeitsdienstes und legt sich eingehend mit allen Stufen des organisatorischen Aufbaus des Dienstes, mit der Auszubildung, Ausrüstung, Unterbringung u. m. d., „Reichsarbeiter“ auseinandersetzt und gibt eine sorgfältig überprüfte Aufstellung der Rollen der Arbeitsdienstpflichtigen. Es ist unmöglich, noch dem Studium des Buches nicht ein Befürworter der Arbeitsdienstpflicht zu sein.

Wir bringen nachstehend einen Auszug aus dem Kapitel über die Erziehungsaufgabe des „Arbeitsdienstes“ aus dem Stehrschil'schen Buch.

Die erste Aufgabe lautet: Man muß dem Arbeiter und seiner Arbeit eine neue Ehre geben. Das kann durch nichts besser gesehen als durch den Arbeitsdienst. Oder könnte man der Arbeit des Arbeiters eine höhere Ehre geben, als wenn man jeden Deutschen, gleich welcher Herkunft, zwei Jahre seines Lebens Arbeiter sein läßt, und wenn man das sogar zur Voraussetzung macht, daß er Staatsbürger werden kann? Auch hier nicht mit der Jugend beginnend eine neue Wertung ihren Anfang nehmen, die sich im Laufe der Jahre über das ganze Volk erstreckt und neue Voraussetzungen schafft, unter denen sich der Arbeiter in Staat und Volk bewegen kann? Höher noch als Friedrich Wilhelm I., der sich selbst den Soldatennacktrug trug, hat die allgemeine Wehrpflicht dem Soldaten in der Achtung des deutschen Volkes gestellt, während bei allen Völkern, die eine allgemeine Wehrpflicht nicht haben, heute der Soldat keine wesentlich andere Stellung einnimmt als der Volkssitz.

Die Arbeitsdienstpflicht wird das allgemeine Denken über Arbeit und Arbeiter zu umwandeln, daß das Arbeiteramt seine geschichtliche Aufgabe überbewältigt haben kann.

Die zweite große Aufgabe der Zukunft lautet: Der deutsche Arbeiter muß vor seine geschichtliche Aufgabe gestellt werden.

Das kann wieder durch nichts besser gesehen als durch den Arbeitsdienst. Oder könnte man in dem jungen Arbeiter besser das Verständnis für seine Aufgabe wecken, als wenn man ihn jenseits jedes kapitalistischen Interesses vor eine Aufgabe von großer wirtschaftlicher und politischer Bedeutung stellt? Man muß ihm endlich einmal die Gelegenheit zum Sozialismus geben, damit er die inneren Werte, die die deutsche Arbeiterbewegung in sich trägt, überhaupt erst teilen sollen und zur Geltung bringen kann. Aber Sozialismus allein hilft noch keine Freude am Werk. Kraft genug, um tragender Gedanke zu sein, liegt nur in einem unerschütterlichen völkischen Grotzheil, das das Werk lebendig in die Geschichte seines Volkes einschleift.

Und hier beginnt nun wirklich die geschichtliche deutsche Aufgabe des Arbeiters. In die Internationale glauben heute nur noch die Blinden und die Verzweifelten. Die Schwenden leben die Mischpolitiker, die künstlich in die Arbeiterbewegung von außen hineingetragen ist und die die revolutionäre Grundstimmung, die sie nach ja haben muß, für fremde Zwecke mißbraucht. Der deutsche Arbeiter aber fühlt, daß es seine Aufgabe ist, etwas zu ändern und im besten Sinne revolutionär zu sein.

Was ist diese Aufgabe?

Es ist die Aufgabe, den Liberalismus des Bürgertums zu überwinden und den Sozialismus zu bringen. So markwürdig das klingen mag, daß das Kind den Vater überwinden soll. Aber hier ist mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck gebracht, daß Sozialismus nie das Job, sondern immer nur das Wir meinen kann. Es gibt keine schlimmere Verführung des deutschen Arbeiters als das Bemühen, den Sozialismus im Materialismus ältester Art verpflanzeln zu lassen, während der deutsche

Arbeiter Idealist sein möchte, um Sozialist zu sein, um Gemeinnutz vor Eigennutz zu setzen. In diesem Idealismus berührt sich das Arbeiteramt, so ersichtlich es im ersten Augenblick klingt, mit der heroischen Lebensauffassung des Abels. Dem Idealist sein heißt ja Träger einer Udee zu sein und auch sein Leben für diese Udee einzusetzen. Es ist kein Zweifel, daß ein Mensch, der Exponent des Arbeiteramtens ist, viel eher hierzu bereit ist als ein Exponent des Bürgertums. Hier scheint die Geschichte, die im Bürgertum die Gegenwirkung gegen den Abel gebracht hat, im Arbeiteramt die Gegenwirkung gegen das Bürgertum bringen zu wollen, das dem Materialismus verfiel.

Hier scheinen wir an der Grenze einer neuen Zeit zu stehen, die den unerschütterlichen Individualismus überwindet und die Wende der Arbeit zu einer neuen Weisheit bringt. Es sieht so aus, als ob die Zeit zurückkehren wollte zu der hochgemuteten gelassenen Haltung des deutschen Menschen der Kaiserzeit des frühen Mittelalters. Zu der Zeit, in der die Bürgerhäuser der Städte noch klein und bescheiden waren, in der aber als Ausdruck des gemeinsamen hochdringenden Willens Dome aus der Enge der Städte zum Himmel wuchsen. Dome, an denen Generationen im gleichen Willen und Geiste mitarbeiteten, bis die Zeit kam, in der mit dem Individualismus der Renaissance die Bürgerhäuser groß und üppig wurden und nun aufhörte, die Dome weiterzubauen und nur noch feierliche, unvollendete Gattungskämpfe von dem Bürger, der vorangutend, Gefährlicher seugten, die gemeinsam Größeres vermocht hatten als die neue reichere Zeit.

Es scheint, daß unsere Zeit diese Wende zur Weisheit, die Rückkehr zu diesem Sozialismus im besten Sinne will und daß es die geschichtliche Aufgabe des Arbeiters ist, diese Wende herbeizuführen. Ihren ersten starken Ausdruck kann diese neue Zeit in nichts besser finden als in der gemeinsamen Arbeit der Jugend für einen großen Gedanken, wie es der Arbeitsdienst mit. Hier wird der Arbeitsdienst über das Erziehungsamt zu einer neuen Zeit hinaus früher Ausdruck der neuen Zeit. Eine Zeit, in der dem Arbeiteramt die erste Verantwortlichkeit in den Menschen gegeben werden kann, wenn aus dem Erfolg des gemeinsamen Arbeiters mehr Freude erwächst als aus ihrem perfönlichen Gewinn. Hier ist ein neuer Anfang zum heilighen Menschen, den noch kein Weis zu einer feuernden Arbeitsauffassung herabzieht. Im Arbeitsdienst wird ihm die Möglichkeit zum Aufstieg und Wüchertum gegeben. Hier beginnt das neue Ethos der Arbeit, das von dort aus die ganze liberalistische, materialistische Auffassung überwinden muß. Von hier aus wird die Auffassung überwinden, daß es erträglichem ist, ohne zu arbeiten vom Zins zu leben. Von hier aus geht die Aufstellung, daß nur der, der arbeitet, ein anständiger Mensch sein kann, dem sein Platz im Volksganzen gebührt. Von hier aus wird die Weisheit geben, die den nicht arbeitenden, jenseitsredenden Menschen als ebenso sozial ansetzt wie den Landarbeiter. Mit dieser Aufstellung wird sich das deutsche Volk hoch über den französischen Rentenstandpunkt stellen und ganz neue Möglichkeiten für einen geschichtlichen Aufstieg gewinnen.

Wie Keutemijel polnisch wurde.

Vor der 14. Zivilkammer des Landesgerichts III fand eine neue Verhandlung in dem Prozeß Katt, mit dem der Studienrat Dr. Werner den Vorwurf jüdischen Will, daß er im Jahre 1918 die deutsche Stadt Keutemijel den Polen in die Hände gegeben habe. Dieser Vorwurf, der nach in einer Broschüre des Konrektors Pöhlh erhoben wurde, war von dem Schriftsteller Heybert Mangel-Erdstiegal in seinen Roman „Umtriebe Erde“ hineingearbeitet worden. Studienrat Dr. Werner wurde kürzlich o o n seinem Lehramt beurlaubt. An der jetzigen Verhandlung wurden von dem Beklagten die Zeugen benannt und als weitere Beweismittel Photographien und Aufzüge aus den kritischen Tagen des Jahres 1918 überreicht. Der Vorsitzende erteilte eine Rechtsgerichtsstellung, wonach der Beweis der Behauptung auch dann als geführt angesehen werden müßte, wenn dieser Einzelheiten in dem Behauptung bewiesen werde, in diesem Falle also die Behauptung, daß Dr. Werner dem polnischen Pfad von Anexion der deutschen Stadt Keutemijel Vorstuf geleistet und damit Landesverrat begangen habe. Das Gericht wird nun die vom Beklagten angebotenen Beweise erheben und voraussichtlich in einiger Zeit seine Entscheidung verkünden.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Friedrich Wilhelm Kelle-Emden

Vollgeheimmann a. D.
Leiter der Reichs-Held- und H. S.
Befreiungsfeld Nordhausen

Hildegard Kelle-Emden

geb. Kewisch
Bermahlte

Eignung,
Zweckbest. 13 f.

Nordhausen (Hatz),
Mittelstr. 3.

den 4. Mai 1933.

Ältere Naziführer

Nam., such t möglichst
Dauerleibe, Berlin o.
Umgebung, geg. Haus-
halt, Kochen und Kran-
kenpflege, Gutsbesitzer-
tochter, Kleines oder
ohne Talgengel.

Schwester Clara bei
Hr. Burger, Berlin-
Pantow, Poststr. 88-89,
Gartenhaus.

In jede Küche gehören:
MAGGI' Erzeugnisse
Würze-Suppen-Fleischbrühe-
sie helfen sparsam wirtschaften

Preuß. Staats-Lotterie

Lose 2. Kl. Ziehung:
am 17. und 18. Mai
Zu haben bei **Staatl. Lotterie-Einnehmer**
Stöwina, Berlin W 35,
Potsdamer Str. 116 a,
Ecke Lützowstraße.
früher in Kattowitz, O.-S. Tel. Lützow 3888.

Zufallsfache! Eill!

Käufer provisionsfrei!

Landwirtschaft, 36 Mrq., Anz. 8000 — 10000 Mr.
Landwirtschaft, 72 Mrq., Anz. 5000 — 6000 Mr.
Landwirtschaft, 80 Mrq., Anz. 7000 — 8000 Mr.
Landwirtschaft, 50 Mrq., Anz. 3000 — 4000 Mr.
Landwirtschaft, 22 Mrq., Anz. 2000 — 3000 Mrq.
Gartwirtschaft, 20 Morgen Land, Anzahlung
3000 — 5000 Mark.
Kolonialwarengeschäftsgrundstücke von 3000
Mark an.
Geschäftsgrundstücke, Hauptstraße, Anzahlung
8000 — 10000 Mark.
Landgrundstücke von 1000 Mark Anz. verkauft



Bernhard Albrecht, Eberswalde,
Brandstr. 13. Telefon 59.
Früher Obernirt/Wojen.

Aufbaukredit

für Grenz- u. Auslandsdeutsche G.m.b.H.
(Geschäftshilfe des Deutschen Ostbundes)

Berlin W 30, Mohltstraße 22. Tel. B 5 Barbarossa 9061.

Verwertung von
6% Reichsschuldbuchforderungen
durch Verkauf und Beleihung (im Rahmen
der uns zur Verfügung stehenden Mittel)

Beratung in Vermögensanlagen
und allen Kreditangelegenheiten
Abwicklung all. bankmäßigen Geschäfte

Der Ostdeutsche Heimatkalender darf in keiner Ostmärkerfamilie fehlen!

Der „**Ostdeutsche Heimatkalender**“ führt auf über 300 und Entdeckung des gesamten Ostdeutschlands, er beschäftigt besonders den am spätesten umfänglichen Teil der deutschen Ostfront, das sind von Polen gerechnete Gebiete und die ihnen nachbenachbarten und berührten Ostfront. Er enthält fernerlich kostbare Heimatsbeschreibungen. — In den Ausgaben des Heftes des Ostdeutschen Ostbundes ist er jedes Heftes mitgenommen. Der Inhalt ist sehr reichhaltig. Mit den Beiträgen bekannter Schriftsteller gibt er einen Überblick auf den Ostdeutschen Heimatkalender der Ostfront. Mit wertvollen Stoffen im Ansehung um die Heimat ist er nicht zu entbehren.

Deutscher Ostbund, Kulturabteilung, Berlin W 30, Motzstraße 22.

Ausschneiden! — Als Drucksache senden!

Besellkarte.

Hiermit bestelle ich Stück

„Ostdeutscher Heimatkalender 1933“

zum Preise von 0,75 Mark, als Ostbundmitglied 0,50 Mark je Stück.

Zuzüglich 0,15 Mark Porto.

Bezahlung erfolgt: 1. durch Nachnahme, 2. durch Postanweisung, 3. durch Post-
scheckkonto: Berlin 104 726 (Nichtzutreffendes bitte durchstreichen.)

Name:

Wohnort:

Straße:

(Name und Poststation genau ausfüllen.)

Verlag: Deutscher Ostbund e. V., Berlin W 30, Mohltstraße 22 — Fernruf: B 5 Barbarossa 9061 — Postcheckkonto: Berlin 104 726.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Redel, Berlin-Friedenau — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW 68, Bremerstraße 7/8.

Geltern früh erlöste ein sanfter Tod
meine liebe Frau, unsere herzengute
Mutter, Schwester, Schwägerin und
Tante

Margarete Schülke

geb. Pehke

im 44. Lebensjahre von ihrem in Ge-
burt getragenen Leiden.

Im Namen der Hinterbliebenen

Otto Schülke
Ursula Schülke

Berlin-Charlottenburg, den 8. Mai 1933.
Kirchplatz 6.

Die Beilegung fand am Mittwoch, dem
10. Mai, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Kapelle
des Alten Luitjen-Friedhofes,
Westend, Kognitstr., aus statt.

Ostmärker,

treten unserer
Ostbänderbetriebe bei!

Landwirtschaft,

massive Gebäude,
35 Mrq., alles nahe
und befestigt, nahe Stadt
und Bach, ohne Vieh,
für 7500 Mr., Anzahl.
5000 Mr., zu verkaufen.

Näheres durch
Wilhelm Suder,
Grosch-Koggenau,
Krebsberg,
Weg. Eignung.

Fleischerei- Grundstück

mit Schlachthaus, allei-
niges in großem Kirch-
dorf, seit 30 Jahren in
einer Hand, maßl., ist bei
einer Anzahlung von
6000 — 8000 Mr. Um-
stände halber sofort zu
verkaufen. Offert. unt.
2892 a. d. Ostland erbet.

Ostmärker! Provisionsfrei!

Glänzende Existenzen!

Anzahlung M.

Fabrikantenteil mit Mahlmühle
in der Graßstraße 14. 30 000
Grundstück mit Kolonialwaren-
geschäft in Anhalt 6—9 000
Landwirtschaft in der deutschen
Schweiz sfr. 6 000
Hotelgrundst. in Stralund 12 000
Restaurationsgebdt. in St. Gallen
(Schweiz) sfr. 36 000
Land- u. Gutsverf. auch als
Erholungsheim od. Privatst. 8 000
Landhaus m. Park (13 Mrq. gr.)
in der Nähe des Ostseebades
Prerow 7 500
Moderne Mahlmühlfabrik in
Braunshweig-Land . . . n. Vereinb.
Wohn- u. Geschäftshäuserkom-
plex in Charlottenburg u. Vereinb.
Restaurationsgrundst. (Ausgangs-
lokal) Nähe Grabow (Meckl.) . . . 15 000
Zweifamilien-Landhaus im Kant.
Argau (Schweiz) 8 000
Ziegelgr.-Größt. b. Stettin u. Vereinb.
Geschäftsgrundst. mit Kolonial-
war.-Handl., Kaffeebörse u. Klein-
handl. Vorpostens 8 000
Ostl. Wein- u. Weinlag. bei
Freiburg im Breisgau 20 000
Villa in Dresden-A. 35 000
Landhausbesitzg. in bedeut. Berl.
Ausflugsort 10 000
Villengrundst. in mittl. Stadt b.
Kr. Oberbarnim 20 000
Geschäftsgebdt. (Desikat., Bier-
u. Weinfabrik) in bester Lage
Küstrin 35—40 000
Villengrundst. in Meckl. (Rübe
Reutrecht) 15—18 000
Alteingesessene Papierwarenfabrik
in Stettin 55 000
Kartongewerkefabrik in lebh. Ju-
bultschlag bei Schlef. Preis 18 500
Villa, mod. Stil, im Vorst. am
Friedenstein sfr. 30 000
Teichbau gel. f. Dampf- u. Elek-
tr. Betrieb i. d. Mitt. mit 30—35 000
Müllengrundstück mit Bau-
u. Möbelfabrikerie in Ostpr. 60 000
Hotelgrdt. i. d. deutsch. Schweiz
(Kt. Appenzel) sfr. 70 000
Villa, Eingang d. Sädh. Schweiz
Grundstück in Silberberg als
Courtis.- u. Jugendheim
gerichtet 12—15 000
Villa in Magdala bei Lugano
(Schweiz) sfr. 50—60 000
Herrenh. in Oberbayern u. Vereinb.
Villa in Salzburg Preis 75 000
Pensions-Villa in bekanntem
Schwarzwalder Badeort 20 000
Landwirtschaft mit Wind-
u. Motormühle i. Kr. Taubshut
(Schlesien) 10 000
Fabrikgrundst. m. Wohnhaus in
Dresden u. Vereinb.
Conditor- u. Café-Grundst. m.
Wolkensoll. i. n. mittl. Sommer-
u. Winterkurort (Schwarzw.) 19 000
Bild-Projekte kostenlos!

KOCH & Co., Berlin W 35
Dörnbergstraße 1. Tel.: B2 Lützow 5933.



Ostbund = und Heimatnachrichten

Beilage zu Nr. 20 der Wochenschrift „Ostland“ des Deutschen Ostbundes/1933.

Bundesnachrichten.

Ostmärker, feiert auch in diesem Jahre den Deutschen Muttertag!

Mitteilung.

In Ergänzung der Mitteilung über die Ostbundtagung im letzten „Ostland“ wird folgendes bekanntgegeben:

Rath Abjektiv der Bundesversammlung und der Führertagung am Freitag, dem 26. Mai, (Mittwoch) findet am Sonnabend, dem 27. Mai, ein „Tag des deutschen Ostens“ in Potsdam statt. Die Einzelheiten werden noch bekanntgegeben werden. Erwähnt sei, daß die Teilnehmer der Bundesversammlung sich vormittags nach Potsdam begeben werden, möglicherweise von Bannewitz aus mit dem Dampfer. In Potsdam wird also ab in der Garniskirche eine Kranzniederlegung an den Grund Friedrachs des Großen statt. Für den Nachmittag ist die Besichtigung des Schlosses und des Parks von Sanssouci vorgesehen. Der Abend bringt eine große ostdeutsche Kundgebung, bei der der Oberpräsident von Brandenburg und Berlin, Dr. Wilhelm Kube, der Gauleiter des Saues Kurmark der NSDAP, den Vorkommnissen unserer Jahreshauptungen abhören am Jodann die Rede halten wird. Bei gutem Wetter findet mit Einbruch der Dunkelheit in dem Potsdamer Stadion, das etwa 25 000 Menschen Raum gewährt, die Aufführung eines Dramas von Gullax Goeß statt: „Aufbricht Deutschland“.

Es ist erwünscht, daß möglichst viele Jahreshauptungen erscheinen. Anfragen und Anmeldungen sind an den Vorstehenden unserer Ortsgruppe Potsdam, Herrn Rektor Blum, Potsdam, Kurfürststr. 51, zu richten. Dr. P. D. t. k. e.

Überwachung des Marktes der Reichsschuldbuchforderungen.

Im Interesse des Staatskredits hat der Berliner Vorkommnistend ein Mitglied mit der dauernden Überwachung des Marktes der Reichsschuldbuchforderungen beauftragt. Der Zweck ist, ungewöhnliche Schwankungen in diesem Marke zu verhindern.

Aus der Bundesarbeit.

Verjammlungskalender.

Frauenlauf des Landesverbandes Berlin-Brandenburg: Feiert des Muttertages am Sonnabend, 13. Mai, nachm. 4 Uhr, im Kaffee Gaertner, Hohensteinscher Ufer 26/27, am Stadtbahnhof Volksee. Güte willkommen. Eintritt frei.

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Die Ortsgruppe Berlin-Ost hat am Freitag, dem 5. Mai, in ihrer Monatsversammlung im Vereinslokal „Köpenicker Hof“ einen Deutschen Abend veranstaltet, welcher im Zeichen der nationalen Erhebung stand. Schon das Äußere ließ dies erkennen: Der schöne Saal war mit den alten Jahnen Schwarz-Weiß-Rot und dem Hakenkreuz geschmückt, und auf der Bühne befand sich die vier Mann Hakenkreuz in SA-Uniform. Die Veranstaltung selbst war, wie in Ostfrieslandgewohnt, sehr gut besucht. Die Reden wurden von der Verbandsvorsitzenden, Frau F. J. B. B., die 1. Vorstehende des Landesverbandes Berlin-Brandenburg, Frau F. J. B., die 2. Vorstehende der Ortsgruppe Berlin-Ost und -West, Frau F. J. B., die 3. Vorstehende Frau F. J. B. eröffnete die Versammlung mit einem kräftigen „Ostheil“. Er begrüßte die Mitglieder und Gäste sowie die Kameraden der SA, und führte dann folgendes aus: Wir togen unter heiligen Symbolen, unserer Ostjahne, die wie bisher so auch weiterhin das Zeichen unserer engsten Zusammengehörigkeit bleiben wird, den Jahnen der nationalen Erhebung, den Jahnen Schwarz-Weiß-Rot, die besonders uns Alten an die ruhmreiche deutsche Vergangenheit erinnern, sowie dem Sinnbild des germanischen Sonnenrades, dem Hakenkreuz, dem Symbol der nationalen Revolution, dem Zeichen, in dem das Deutsche Volk durch seinen Führer Adolf Hitler bisher siegest hat und auch weiter siegen wird. Gemeinlos unseres Erbes, gemeinsam unsere Jahne, der Verlust von Heimat und Vaterland führte uns vor vierzehn Jahren zusammen. Wir haben in ostmärkischer Treue und Fäßigkeit zusammengehalten, wir waren unter schwierigen Verhältnissen bemüht, einander zu schützen und zu stärken. Ziel der Anführung haben die Weiden der Zeit nicht überwinden können, sie sind zur eigenen Ruhe eingegangen. So mancher hat auch freiwillig Erlösung von seinem Elend gesucht. Die verschiedenen Regierungen, die wir in den letzten 14 Jahren haben erleben müssen, konnten der Not der vertriebenen Ostmärker nicht das Verständnis entgegenbringen, das wir erhofften; geborene Vorkommnisse wurden nicht gehalten, wir fanden in dem berechtigten „Verdacht“, national gefühlte Menschen zu sein. Die Zukunftslösung

hat Alter und Junge vernichtet, unsere Reiben lichten sich, weil eine schwere Depression unsere Seelen lähmt. Immer, wenn Deutschland in leifester Erhebung unheimlich am Boden lag, hat eine gütige Vorsehung geholfen. Wir Männer und Frauen aus der Ostland haben mit betedem Herzen den Tag der Erhebung erlebt. Der Herrgott selbst hat uns den Mann gesandt, dessen Energie und Kraft dem deutschen Volk einen neuen Freiheitsstern ins Herz pflanzte. Eine autoritäre Begleitung wird uns weiter führen. In der Erhebung unserer Seelen, der Wiedererinnung der Ostmärker, hat jeder, aber auch jeder, die heilige Pflicht, mitzuwirken. Unser Führer Adolf Hitler hat selbst ausgesprochen, daß unser Herrgott nur demjenigen eine Dolmetscherbegleitung einräumt, der sie sich durch Treue zu Volk und Vaterland und ehrliche Mitarbeit verdient. Wir begrüßen die Absicht der Regierung, auch in der Ostfrage eine große starke Front zu bilden, und versprechen, mit aller Kraft mitzuwirken. Geben wir unter dem Motto in die neue Zeit: „Die Freiheit und das Himmelreich gewinnen keine Halben“. Nach erfolgreicher Aufnahme von zwei Mitgliedern übertrug Herr Stephan die weitere Leitung des Abends dem SA-Mann Verhagen, einem Vorkommnistend unserer Ortsgruppe. Auch einem jugendlichen Jahnen, einmarsch wurde das Red „Ich habe mich ergeben“, gesprochen, worauf der Festredner Herr Wolzbrunn Damer, ein Jahnen in vielen Kreisen bekannter ostmärkischer Schriftsteller, welcher gleichfalls in SA-Uniform erschien war, das Wort zu seiner jündenden Jahresrede ansprach. In einer einjündigen markanten Rede zeigte er uns in nobilsterem Aufbau von Hermann dem Oberkerker an den Begriff des Deutschen Reiches, die Früchte des Verrats, schloßerte dann über Konrad I. und Heinrich I. die Einflüsse des Auslandes, gefürge Valallen, dann Friedrich Barbarossa, welcher bei seinem Kreuzzuge im Ausland hat das Leben lassen müssen, die kaiserliche, die kaiserliche Zeit, Vater, Bauernkrieg, den Nidrigsten Krieg, trotzdem Glauben an die Einheit, Goethe, Schiller, Eck, 1801, 1806/7, 1815, 18. 1. 1871, „Wie hatten einst ein solches Vaterland 1914/18, dann die Katalitroth und die alte Schuld: Materialismus, Kollapsgeist, Gottlosigkeit, deshalb Jesufer: November 18, Schieber, Schomaker. Wie früher Balbur und Siegfried, so heute Schlager. Das zweite Grundübel: Mangel an nationalem Stolz, und das dritte Grundübel: Dummheit in politischen Dingen. Und wir Ostmärker? Eigenbrötel der ostmärkischen Verbände, Eiferhütelchen. Deshalb tut ein Gemeinschaftswille not. Unser Führer Adolf Hitler hat uns die Ursachen des Zusammenbruchs gezeigt, aus welchen wir lernen sollen. In dieser Zeit ein einziges Erkenntnis: Schließt uns zusammen. Der unjunge Pelissimus muß fort zur der Glauhe kann er retten! — Wir wollen hoffen, daß Herr Damer seine ausgesprochene Rede in einer Schrift niederlegen wird. Er erarbeitete fährlichen Beifall. Anschließend erarbeitete uns noch eine Größe: Bruno E. Walter! Mit seiner herborragenden Vortragskunst gab er uns das Melodram „Sieg heil Deutschland“. Das Bild Adolf Hitlers war bekräftigt. Es wurde das Deutschland gelungen, worauf Herr Bruno E. Walter noch die „Gefestunde von Versailles“ meisterhaft vortrug. Die Versammlung wollte mehr hören. Leider war dies wegen der vorkerückten Zeit nicht möglich. Es wurde begeistert das Hoff-Wesell-Edel gelungen. Jahnenausmarsch. Schluß 11 1/2 Uhr. Es war ein erhabener Abend! 26.

Landesverband Ostmark.

Ortsgruppe Sorst (Ostst). Sehr einbrucksvoll gestaltet sich der Vortragsabend, zu dem die Ortsgruppe nach dem Vereinslokal „Kaiserhof“ eingeladen worden war. Der Ortsgruppenleiter gab der „Reisende Georg Hollander“ bekannt, daß Dr. Franz Fückte, der unermüliche Vorkämpfer des Ostbundgedankens, zum Chef des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, zum Kommissar für die Vereinigung der Ostländer bestellt worden sei. Damit sei auch der Deutsche Ostbund unter nationalsozialistische Führung gestellt. Folgende Treuekundgebung gelangte zur einstimmigen Annahme und fand begeisterten Widerhall: „Die Ortsgruppe Sorst (Ostst) des Deutschen Ostbundes begrüßt von ganzem Herzen die Stellung der gesamten Ostländer unter einjündlicher nationalsozialistischer Führung. Wir freuen uns, daß die Arbeits- und Kampfgemeinschaft des Deutschen Ostbundes dadurch in Zukunft noch stärker genährter ist als bisher und geloben in unerbittlicher Einigkeit unserer Führer die Treue zu halten, gemäß dem Willen und dem Wunsch der nationalsozialistischen Bewegung: „Nichts für uns und alles für Deutschland — dem wir Ostmärker noch hinzuzufügen wollen — und für die Wiedergewinnung unserer entrissenen Ostheimat!“ — In überaus fährlicher und einjündlicher Weise sprach anschließend der erste Vorkommnistend der Ostmark, Frau F. J. B., die 1. Vorstehende, die über die Grenzlandfahrt der „Jugendlichen“ in den Ostlagern zur Ausführung gelangt war. Tief waren die Eindrücke, die an der Grenze von den Ostlandfahrern gesammelt worden waren. Aus jedem Wort des jugendlichen Vortragenden klang die große Erkenntnis all der Sorgen und des Leides der Grenzländer und der jelle Vorkommnistend, im nächsten Jahre die Ostgrenze mit einer größeren Schar Ostmark-Anhänger zu beladen. Nach einer kurzen Pause sprach der erste Vorkommnistend der Ortsgruppe, Georg Hollander, über das Thema: „Trauen wir Sicherheit

Aus befreundeten Verbänden.

Der Kampf um den germanischen Lebensraum.

Die Deutsche Offront veranstaltete am 5. Mai gemeinsam mit den Slamen Berlins im Marmeraal des Zoo eine stark besuchte Kongregation, die ein Bekenntnis zum Kampf um den germanischen Lebensraum war. Nach einer einleitenden musikalischen Darbietung durch das Kampfbund-Quartett, das unter Führung von Rudolph Schmidt in meisterhaft vollendeter Weise den ersten Satz aus dem Klavierquartett von Brahms, Werk 25, zu Gehör brachte, sprach der Kommissar für Ostarbeit, Dr. Franz Vidtke, über die Notwendigkeit, die westliche Einstellung des deutschen Volkes zu überwinden und seinen Blick zum Osten zu lenken. Er begrüßte besonders herzlich den Kämpfer und Dichter, Wilhelm Kube, dessen Drama „Gottla“ Joeben in Frankfurt (Oder) seine Uraufführung erlebt und mit seinem starken deutschen Gehalt alle gefesselt habe. Dem dramatisch gehaltenen Schicksal der Opfer, die nicht durch fremde Feinde, sondern nur durch eigene Feindschaft zu befragen waren, fallen mit die Aufgabe Deutschlands entgegen, als starkes, geeinigtes Volk eine leuchte Zukunft zu erkämpfen. Dann sprach Franz Vidtke sein „Jahrtausendlied“, für das ihm die Versammlung hürmlichen Beifall erteilte.

In Vertretung Alfred Rosenbergs, der nach London abgereist war, sprach als Hauptredner des Abends der Oberpräsident der Provinz Brandenburg und Berlin, Führer der preussischen Vortagsfraktion der NSDAP, Pp. Wilhelm Kube. Mit markanten und tief eindringenden Worten schilderte er den tausendjährigen Kampf der Germanenstämme gegen den Reichtum gegen andringende Völker und in einem abschließenden Abschnitt gegen die Völker des Westens gegen Verweltlichung. Es gebe kaum ein Volk im Osten, das nicht von germanischer Kultur grundlegend beeinflusst worden wäre. Erst der deutsche Mensch habe den Völkern des Ostens kulturelle, wissenschaftliche und ethische Werte gegeben. Es sei daher jenseits und charakterlos, wenn diese Völker durch grobe Gefühlsmissfälligkeiten die Eigenständigkeit ihrer Kulturen nachweisen wollten. Die neue Politik im Staate Adolf Hitlers sei eine bewusste und klare Ostpolitik. Sie werde sich im wesentlichen kulturell gestalten. Keine Macht könne dem deutschen Volke das Recht auf die kulturelle, politische Selbstbestimmtheit, seine „Rudis“ sowie „die Kultur“ des „Vollens“ verweigern oder entziehen. Die Schaffung der kulturellen Einheit aller deutschen Menschen würde schließlich das Ende der Gewalttaten, die heute noch Deutsche von Deutschen trennen, bedeuten. Es sollen in Zukunft alle Deutschen hier und jenseits der Grenzen eine wahre große Volksgemeinschaft bilden, eine Nation, die blut- und feindschaftslos miteinander verbunden sei und die keine politischen Grenzen von heute mehr kennt. Es sei die Aufgabe des neuen Reiches, die Jugend mit Ehrfurcht vor der deutschen Geschichte zu erfüllen, deren Geistes auch weit jenseits der verhältnismäßig politischen Grenzen zu finden seien, in Sländern nicht anders als in Polen, Krakau und Ruval, Romani im Bereich der Ostsee und Altpolen und die hier mit den Deutschen ein und denselben Vorkämpfer seien. Im Staate Adolf Hitlers werde in allen deutschen Schulen die deutsche Geschichte zum Hauptfach der Erziehung gemacht werden. Aber nicht trockene Zahlenpakete solle sie sein, sondern

die Übermittlung des lebendigen Schicksalskampfes der Deutschen um den Ostraum, — um ihren Lebensraum. Darüber hinaus würde es eine der vornehmsten Aufgaben der Reichsführung sein, die Umgruppierung der Deutschen aus dem überfüllten Westen nach dem menschenärmeren Osten vorzunehmen. Der von Hitler immer wieder gebügte Satz: Gemeinnutz geht vor Eigennutz werde in erster Linie in der planmäßigen Siedlung im Osten seinen Ausdruck finden. Die große Rede des Oberpräsidenten Kube, von der hier nur einige Gedankengänge angebeutet werden konnten, fand hürmlichen Beifall. — Am Ende erbot sich die Versammlung um ihren Dichten, wodurch Franz Vidtke die im Kampf um den deutschen Ost- und Westraum Gefallenen durch sein Gedicht: „Unsere Toten“ ehrte.

Darauf sprach der Berliner Slamenführer Gotsfried Kilo Kooms über „Sländerns Freiheitskampf“. In den Schlüßworten des großen Vortrages, wo die Slamen für ihren weissen Erbsinn und gegen die deutsche Braudruckerei kämpfen mußten, hätten sich die Slamen geschlossen, mit aller Kraft zu verbünden, daß in Zukunft kein mal Slamen gegen Deutsche stehen müßten. Wie im slämischen Volke der Gedanken des Zusammenstehens aller germanischen Volkstämme in einer großdeutschen Schicksalsgemeinschaft lebendig ist, wie sich das Slamentum durch die weisse Bevormundung auflehnt, das schildert der Redner in einer Anecdote, die ein erstes Bekenntnis zur geschichtlichen Sendung des Germanentums war und bei der Versammlung lebhaften Wiberfall weckte. — Der dritte Redner, Pp. Dr. E. O. Schiele, führte in kurzen eindrucksvollen Worten aus, daß der Kampf um den deutschen Lebensraum an den Grenzen entschieden werde, wo der Mensch leben, die gelernt werden, dort zu sein und sich selbstlos für einen großen Zweck einzusetzen. In Adolf Hitler sei nun die Zeit gekommen, in der die Grenzlinie ihre Recht finden werde. — Die Kongregation wurde durch künstlerische Vorbietungen des Kampfbund-Quartetts, durch den Gesang slämischer Lieder, die Frau Santa Kooms mit warmer Stimme vortrug, bereichert. Quartett und Sängerin waren stärkten Beifall, ebenso ein holländischer Kammerfänger, dessen Vortrag slämischer Lieder einen tiefen Eindruck machte. Als er die slämische Rationalismus sang, erhob sich die Versammlung und ehrte die Grenzlandkämpfer an der Nordostsee des Großdeutlands mit dem Hittlergruß. Zum Schluß sprach die „Schlösser“ von „Hitler“ und „Lager“ in „slämischen“ Sprache. „Der Tod als Slam“ sowie das slämische Kampfbild „Koch Ostland geht unser Ritt“ vor. — Dieser Abend war ein würdiger Auftakt zur neuen Ostarbeit in nationalsozialistischem Geiste. Es ist das unerlöbliche Verdienst Adolf Hitlers, unseres Führers und Kämpfers, das Gefühl für die Zusammengehörigkeit und feindschaftslos Verbundenheit aller deutschen Stämme aus Nord und Süd, Ost und West, nachdrücklich zu haben. Das weitauslandjüngliche Gefühl ist nicht vermocht hat, das volbringt der Kämpfer aus grenzlanddeutschen Bauerngeheimen, weil er aus der Geschichte gelernt hat und sie nun von seiner inneren Mission befeht und von einem anderen Willen getragen, selber formt und der Welt ein neues Schicksal mehr Deutsche die Waffe erheben, sondern sich zum gemeinsamen in einer geistigen und schließlich auch staatlichen Gemeinschaft im Dritten Reich.

Mitteilungen aus der ostdeutschen Heimat.

Verfällisches.

Bestellung des Justizrats Wolf.

Der im Alter von 80 Jahren verstorbenen Justizrat Otto Wolf in Frankfurt/Oder, früher Birnbaum, dem wir in der letzten Nummer einen längeren Artikel gewidmet haben, wurde am 6. Mai auf dem Neuen Friedhof in Frankfurt a. O. unter großer Beteiligung beigesetzt. Vertreter der staatlichen und slämischen Behörden, der Justizverwaltung, der Anwaltschaft, viele andere Bürger Frankfurts und eine große Anzahl von Ostmarkern hatten sich eingefunden, um den allseitig hochgeschätzten Vorkämpfer des Deutstums und der Ostmark die letzte Ehre zu erwiesen. Die Bundesführung des Deutschen Ostlandes war durch Herrn G. L. L. vertreten. Der Vorstand des Ostland-Bundesverbandes Ostmark sowie der Vorstand unserer Ostgruppe Frankfurt a. O. waren fast vollständig an der Spitze vieler Mitglieder des Deutschen Ostlandes erschienen. In der Trauerfeierlichkeit befand sich u. a. auch der frühere Birnbaumer Landrat Dr. von Koppelt mit seiner Gattin, Pastor Herrmann zeichnete in seiner Trauerrede in großen Zügen ein Lebensbild des Verstorbenen, wobei er seinen Drang, der Gerechtigkeit zu dienen, betonte, die großen Verdienste, die sich der Verstorbenen in seiner früheren Heimat Birnbaum erworben, hervorhob, sowie die Treue seiner, in der er auch nach seiner Verdrängung der ostmärkischen Seite im Deutschen Ostland geblieben hat. Herr G. L. L. gab am Ende in tiefempfundenen Worten namens der Bundesführung, des Bundespräsidiums, des Hauptorgans und der Vorstände des Bundesverbandes Ostmark auch der Ostgruppe Frankfurt a. O. des Deutschen Ostlandes der mächtigsten Anteilnahme an dem schweren Verlust, den der Deutsche Ostbund durch das Hinscheiden dieses hochverdienenden Mannes erlitten hat, Ausdruck. Er rief ihm herbeizühende Worte des Dankes in das Grab nach für alles, was er für seine frühere ostmärkische Heimat Birnbaum und die Ostmark erkräftigt und errichtet hat und für alles, was er in den Tagen polnischer Umherrscher für Birnbaum und die Ostmark getan hat, wie auch dafür,

was er dem Deutschen Ostbund gewesen ist und in den ermähten Organen deselben gewirkt hat. Ohne auf sein Alter und seine Gesundheit zu achten, habe er sich bis in die letzte Zeit ebenso nachdrücklich und erfolgreich für die Wahrung der materiellen Interessen der Mitglieber wie für die Bestrebungen zur Förderung der nationalpolitischen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der Ostmark und der deutschen Minderheit in Polen, und vor allem für den Kampf um die Jurisdiktion, auch der entzerrnen Heimat eingesetzt. Sehr deutscher Idealismus, sehr ostmärkischer Geist und vorbildliche Heimatliebe hätten ihn befeht und zu einem Mitstreiter im Kampfe um die Ostmark gemacht, der kaum zu ersetzen sei. Ein reiches Leben ist durch den Tod dieses verdienstvollen Mannes abgeschlossen worden. Die Entwicklung seiner früheren Heimat um einer bescheidenen Kleinheit zu einer kräftig aufblühenden Mittelheit sei nicht zum wenigsten kein Werk gewesen. Vieles, was er als Stadtordeordnungsbeauftragter in Gemeindeführer mit den anderen Mitgliedern der slämischen Behörden geschaffen hat, werde drüber sein. Anderswohin ebenfalls lebendig erhalten. In den Kreisen der Verdrängten aber werde sein kämpferischer Geist fortleben. Er habe die Wiedereinrichtung der Verdrängten, die des Deutstums wegen in so erschütternder großer Zahl aus ihrer Heimat vertrieben und der Folge ihrer Arbeit beraubt worden sind, in das deutsche Wirtschaftsleben, ebenso wie die Zurückführung die allzu lange vernachlässigte Ostmark und die Wiedergutmachung des der Ostmark durch das Diktat von Versailles zugefallenen Unrechts allezeit angesehen aus einem Kampf um Recht und Gerechtigkeit. Dieser Kampf müße und werde fortgesetzt werden, bis in diesen Dingen das Recht wiederhergestellt ist. Mit tiefem Gedenksinn schloß der Deutsche Ostbund von einem Leben angelebten und verblichenen Kämpfers, der sich die Krone des Lebens reichlich verdient habe. Der Bundesverband meigte sich darauf zum letzten Gruß über die offene Gruft. So nahm der Deutsche Ostbund ebenend Abschied von einem, der ihm in guten und bösen Tagen unentwegt die Treue gehalten und trotz seiner Jahre mit jugendlicher Leidenschaftlichkeit sich nicht nur selbst für die osterländischen Angelegenheiten des Deutschen Ostlandes eingesetzt, sondern sich

